Zeitschrift für Sozialismus

Jahrgang 3 März 1936 Nummer 30

Hitlers fait accompli

Von Willi Müller

Naturgemäß ist wenige Tage nach dem fait accompli Hitlers die dadurch neu geschaffene Lage noch nicht vollständig zu übersehen. Immerhin erscheint der Positionsgewinn für Hitler nach außen und nach innen groß.

Nach außen: Es ist unwahrscheinlich, daß der Vertragsbruch mit Sanktionen irgendwelcher Art beantwortet wird. Die möglichen Partner einer Sanktionsfront demonstrieren der Welt schier unüberbrückbare Konflikte. Während auf dem einen Pol noch — ein bereits sehr abgeschwächtes — »Unannehmbar« ertönt, erklärt Baldwin auf dem anderen Pol den Dreibund Frankreich-England-Deutschland als die Rettung, so die Sanktionsdiskussion von vornherein abschneidend, aber den frechen Vertragsbruch sanktionierend. In der Haltung Edens kommt diesmal nicht wie vor einigen Monaten gegen Italien der Einfluß militanter pazifistischer Massenstimmungen zum Ausdruck.

Anders ist allerdings die unmittelbare Reaktion in Frankreich. Der Senat hat fast einstimmig den angefeindeten Russenpakt ratifiziert. Die nationale Verteidigungsstimmung schwächt den Widerstand des reaktionären verhandlungsbereiten Flügels. Die Düpierung des deutsch-französischen Verhandlungsexponenten Poncet, der Einmarsch in die entmilitarisierte Zone, die Besetzung des Brückenkopfes in Kehl, alles dies weckt in Frankreich die Geister der union sacrée. Die Hitlersche Durchbruchsaktion hat so zunächst ein wichtiges Ziel nicht erreicht: die sofortige Lockerung des Bündnisses mit der Sowjetunion. Die Frontenbildung, die seit der Hitlerschen Machtübernahme eingesetzt hat, wird sich um das französisch-russische Bündnis als Kern festigen, mag auch in der Folge der eine oder der andere schwankende Partner der europäischen Kleinstaaten zu dem stärker erscheinenden Deutschland überschwenken. Der wirkliche Erfolg des fait accompli ist aber die Sichtbarmachung der englischen Unzuverlässigkeit bei der Abwehr der gegenwärtigen und kommender nationalsozialistischer Provokationen. Das ist der wirkliche Positionsgewinn außenpolitisch. Groß genug in einer Situation, in der fast alle wichtigen Entscheidungen noch ausstehen, in der der italienische Faschismus noch bereit ist, sich dem Meistbietenden zu verkaufen, und in der außereuropäische Faktoren mehr und mehr zuungunsten einer weiteren Stärkung des deutschen Regimes zu wirken begonnen hatten, wie z. B. die Schwierigkeiten der militärfaschistischen Front in Japan.

Nach innen ist der Erfolg noch größer. Wenn nach außen der Zeitpunkt für das fait accompli gewählt war, in einer Situation des »Risikominimums« (Göbbels), der Bindung entscheidender Kräfte, so war das fait accompli jedenfalls eine der wirksamen großen Ent-

lastungsaktionen des deutschen Faschismus von seinen inneren Schwierigkeiten. Kein Zweifel, daß die sogenannte Reichstagswahl, das Plebiszit vom 29. März, das durch die jüngste »Befreiungsaktion« in Deutschland selbst das für den Faschismus neu geschaffene günstigere Kräfteverhältnis bestätigen wird. Bonapartistische und faschistische Plebiszite sollen ja stets bereits geschaffene Kräfteverhältnisse vordemonstrieren. Die »Wahl« wird keine großen Ueberraschungen bringen. Eine verhältnismäßig stark um sich greifende Ernüchterung, Unzufriedenheit, Zunahme kritischer Stimmungen ist vorübergehend durch die neueste Injektion sicher weitgehend überwunden. Wie lange die Aufpulverung wirkt, das hängt von heute noch unübersehbaren Faktoren ab, deren wichtigste das schließliche Ergebnis der außenpolitischen Aktion sein wird. Würde mit englischer konservativer Hilfe die Eingliederung Deutschlands in Völkerbundsbeziehungen gelingen, dann müßte, da damit große finanzielle Erleichterungen und eine erleichterte Nutznießung der internationalen Konjunkturfortschritte verbunden ist, die Wirkung über den Rausch der ersten Tage und Wochen hinaus andauern.

*

Aus der Hitlerrede zum Vertragsbruch, aus den deutschen Angeboten bei dieser Gelegenheit, aus der Hetzkampagne, die seit Monaten gegen den französisch-russischen Pakt in Deutschland geführt wird, geht die Angst hervor, die das faschistische Deutschland gegen die russisch-französische Kräftekombination empfindet. Aber dennoch ist der Zeitpunkt, in dem das fait accompli begangen wurde, mindestens ebenso sehr wie durch die Offensivbedürfnisse gegen diesen Pakt durch das Bedürfnis der Ablenkung von den inneren Schwierigkeiten zu erklären. Immer wieder war in der Hitlerrede das empfindliche Geflenne über die mißgünstige Beurteilung der innerdeutschen Lage bei den eingebildeten Feinden und tatsächlichen Gegnern aufdringlich hörbar.

Die Lage ist schwierig genug. Das abenteuerliche Aufrüstungstempo mit seiner Konsequenz, der Disproportion in der Produktionssphäre und den finanziellen Schwierigkeiten hat im letzten halben Jahre zu dem empfindlichen Krisenrückschlag in der reinen Rüstungskonjunktur geführt, die der deutschen »Arbeitsschlacht« der ersten 2½ Jahre das Gepräge gab. Selbst nach dem — gefälschten und frisierten! — amtlichen Index beträgt bei einer angeblichen Durchschnitts-Produktionssteigerung von 1934/35 von 16 Prozent, die Zunahme in der Produktionsmittelsphäre 25 Prozent. Das ist heute vor allem Kriegsproduktion. In der Produktion von Konsumgütern gibt aber auch dieser amtliche Index eine durchschnittliche Senkung von etwa drei Prozent seit 1934 zu, in den letzten Monaten sogar fünf und sechs Prozent. Diese Senkung erfolgt nach einem vollständigen Zurückbleiben einer Produktionszunahme in der Konsummittelindustrie. Schon 1934 betrug die Steigerung in dieser Sphäre der Produktion nur einen Bruchteil, etwa ein Viertel der Steigerung der Gesamtproduktion! Heute ist aber die ganze deutsche Produktion erst recht vor allem Kriegsproduktion. Und die Disproportion wächst, ist gewaltiger als in allen Ländern der Welt. Das muß, wenn es nicht gelingt, eine Eingliederung in die durch die internationale Konjunkturentwicklung belebten internationalen Marktverhältnisse zu finden, zu weiteren außerordentlichen Schwierigkeiten führen. Ob es sich um Textilien, um Lebensmittel, um Schuhwerk oder um Massen-

bedürfnisse wie das Radio handelt, alle Zweige melden selbst unter der faschistischen Zensur schwere Rückschläge, seit der schwachen Belebung von 1934. Dazu die Rohstoffschwierigkeiten, eine immer noch wachsende Ueberkapazität, aktuelle Versorgungsschwierigkeiten, die mit der bürokratischen Kontrolle der Agrarwirtschaft zusammenhängen, Butterkarten und Eierschlangen, Viehhändler- und Bauernverhaftungen, eine wachsende Opposition gegen die Finanzwirtschaft und insbesondere gegen die Exportabgabe (wie einschneidend sie wirkt, zeigt beispielsweise der Fall der AEG). Alles das sind nur Symptome der deutschen Sonderkrise. Der Faschismus verfügt über außerordentliche Mittel, solche Schwierigkeiten zu vertagen. Er überwindet Krisenmomente, die anderen Regimen ein Ende bereiten würden, durch die relative Festigkeit seines zentralistischen Apparats, sein Parteimonopol, durch den Terror und die Atomisierung oppositioneller Kräfte und durch die Verfügung über die staatlichen Einflußmöglichkeiten, die im Deutschland des noch entwickelten Staatskapitalismus besonders groß sind. Aber auch der Faschismus kann Grundgesetze der kapitalistischen Produktion nur soweit aufheben, soweit er den Kapitalismus aufhebt.

Die politischen F o l g e n der Unterkonsumtionskrise in Deutschland waren gerade in den letzten Wochen deutlich sichtbar. Zwar ist die Opposition mundtot gemacht, ein organisierter Widerstand der Arbeiterklasse und der Mittelschichten ausgeschlossen. Der Widerstand der Kapitalisten, soweit sie nicht als Kriegskonjunkturverdiener Stützen des Regimes sind, geschwächt. Aber die unterdrückten Organisationstendenzen der Klassen wirken weiter, sie führen notwendig zu einer ständigen Verlagerung der Spannungen und zu ihrer Aeußerung dort, wo sie sichtbar werden können: in ständigen i n n e r e n K o n f l i k t e n der nationalsozialistischen Partei und ihren Organisationen. In den letzten Monaten ist das Anwachsen der Konflikte aufs neue abzulesen, an dem sichtbarsten Stück ihrer Manifestation: im Gegensatz Partei- und Wirtschaftsexponenten, persönlich im Gegensatz Göbbels-Schacht. Seit dem Beginn der Naziherrschaft wird Herr Schacht von Göbbels zensuriert. Es ist nicht prinzipiell neu, daß er den breiten Anhängermassen nicht in der Gesamtheit seiner heute quasi — liberalen Kritik vorgesetzt wird. Aber in keiner Phase des Regimes bisher war Herr Schacht überzensuriert wie gegenwärtig. Göbbels-Beamte und Göbbels persönlich eröffnen die Leipziger Messe. Göbbelsblätter polemisieren offen gegen ungenannte Regierungsmitglieder, gemeint sind Schacht und Krosigk. Schacht antwortet durch obskure Auslandsblättchen wie die »Rigasche Rundschau«. Noch reicht es nicht bis zur Versetzung in die Marterkeller der Geheimen Staatspolizei. Aber niemals war Herr Schacht dieser Prozedur näher. Seine Forderung, die Forderung entscheidender Kapitalistengruppen, ist d e r U e b e r g a n g z u e i n e m g e r e g e l t e n S t e u e r s y s t e m, die Verwandlung der Exportabgabe in eine Umsatzsteuer (die die Massen belasten würde und unpopulär wäre). Der Propagandaflügel der Partei manövriert so lange als möglich dagegen. Schachts Forderung ist die Normalisierung der Auslandsbeziehungen. Der Hauptverantwortliche der autarkistischen Abenteuer verwandelt sich nicht nur in einen »Liberalen«, er erinnert sich auch wieder der internationalen Bedürfnisse des deutschen Kapitalismus. Den Tendenzen, dessen Exponent er ist, entgegen steht der faschistische Komment. In dem Hitler-Kommentar zu dem Vertragsbruch zur »Ehrenrettung«, zum Einmarsch der Truppen in die entmilitarisierte Zone ist

nicht nur die »Geschicklichkeit« der faschistischen Propaganda-Demagogen wirksam —, die Friedenspakte in Massen offerieren, während sie fast zum Kriegsausbruch treiben und den Krieg vorbereiten —, in diesem Kommentar spricht auch die in Deutschland unterdrückte Stimme Schachts und seiner Auftraggeber. Hitler bleibt es vorbehalten, beide Tendenzen in einer Rede, in der österreichisches Provinzschauspielerpathos und preußischer Kommandoton gemischt sind, an die Völker sinnvoll zu vereinen.

Trotzdem, wie gesagt, ist der unmittelbare Erfolg in Deutschland gesichert. Es ist eine der Wirkungen der faschistischen Massenverblödung, daß langen Zeiträumen der Apathie, durch neue Injektionen hervorgerufen, längere oder kürzere Phasen der Wiederkehr des Rausches folgen.

*

Zur Beurteilung seiner vollen möglichen Tragweite, seiner weiteren Konsequenzen wäre eine Untersuchung der Hauptfaktoren der internationalen Situation und nicht nur ihrer Tageskonstellation nötig, die hier nicht gegeben werden kann. Es ist aber vielleicht nützlich, sich ohnedem angesichts einer weit verbreiteten Bewunderung und Ueberschätzung der faschistischen Mächte von heute klar zu machen, daß der Charakter des fait accompli keineswegs eindeutig eine Kraftzunahme und einen Positionsgewinn auf Dauer bedeuten muß. Vielmehr trägt die Aktion vom 7. März deutliche Zeichen des Zwiespalts, der Widersprüche und des Desperadotums. Es ist nicht viel anders mit ihr wie mit den letzten, die Welt alarmierenden Explosionen in anderen faschistisch oder nationalistisch aggressiven Zentren. Bringt man verschiedene scheinbar so verwirrende Ereignisse der letzen Zeit wie die japanischen Ministermorde, die abessinischen Abenteuer des italienischen Faschismus, die wenig bemerkten, aber keinesfalls bedeutungslosen Schüsse in der jugoslawischen Skuptschina, die Defensivgefechte der spanischen Reaktion usw. auf einen Nenner, so zeigt sich in ihnen allen ein neuer Wesenszug: Sie zeigen nicht mehr die Fortsetzung der Erfolgsserie ähnlicher Aktionen aus der Zeit unmittelbar in der großen vergangenen Krise. (Das mag in Abessinien im Augenblick nicht zuzutreffen scheinen, die weitere Entwicklung könnte leicht zeigen, daß selbst »Erfolge« dort nur größere Schwierigkeiten des faschistischen Italien einleiten.) 1936 ist nicht mehr 1930. Die nationalistisch-faschistische Panzerung aus der Zeit des autarkistisch-faschistischen Hochbetriebes kracht unter dem Wachstum politischer und gesellschaftlich fortschrittlicher Kräfte, die mit der wenn auch widerspruchsvollen Konjunkturbesserung geweckt worden sind.

Aehnlich steht es mit dem Hitlerschen fait accompli. Zwar ist nicht gesagt, daß der deutsche Faschismus eine internationale Konjunkturphase nicht überstehen wird, wie sie sich gegenwärtig zu entwickeln beginnt. Der italienische Faschismus hat sogar den großen Aufstieg der Nachkriegszeit überstanden, in dem er sich aus dem Krisenfaschismus in einen Konjunkturfaschismus wesentlich anderer Art verwandelte, bis er neuerdings in der großen Krise nach 1929 wieder Züge seines Ursprungscharakters zurückgewann und im abessinischen Abenteuer einen Ausweg suchen mußte. Die Auftriebskräfte sind außerdem stärker in jenen Ländern, in denen die bürgerliche Revolution noch nicht abgeschlossen ist, Japan beispielsweise gleicht in seiner heutigen Entwicklungstendenz trotz aller historischen und ökonomischen Unterschiede eher Spanien als Deutsch-

land. Aber dennoch wird unter dem Einflusse der stärksten Tendenz, die von den Hauptzentren des Kapitalismus, die die Hauptzentren der Welt sind, als Konjunkturauftrieb ausgeht, auch die deutsche Sonderlage entscheidend mitbestimmt. Und wenn in den deutschen Paktangeboten für geheime und offene Hitlerschwärmer so verführerisch Abwandlungen von Konzeptionen der Stresemann-Aera neben den Fanfarentönen des Dritten Reichs erscheinen, so ist das eine Folge dieser neuen Situation. Deren Perspektiven sind zwar völlig ungewiß. Kein Mensch kann einigermaßen Gesichertes über die Stärke und Tragkraft der Konjunkturtendenzen vorhersagen, sicher ist nur, daß sie einige Zeit dauern werden und daß gerade in dieser Zeit gewisse Chancen bestünden, durch Festigkeit die Bedürfnisse des deutschen Anschlusses an diese Konjunktur, die lebenswichtig für Deutschland sind, auszunutzen zu einer Disziplinierung des Friedensstörers. Die Zeiten der vollen Räuberfreiheit sind wenigstens für eine Weile vorüber, das zeigt Japan, das wird auch in Italien sich erweisen. Das bedeutet nicht, daß die Wege in ein goldenes Zeitalter geöffnet sind. Die heutige Konjunktur ist in einem viel höheren Maße auch international eine Kriegsvorbereitungskonjunktur und das Stückchen Aufschwung von heute erinnert viel eher an die Zeit des Aufschwungs vor 1914, als an den Aufschwung zwischen 1922/1929. Vielleicht wird auch der weitere Aufstieg besonders kurzlebig sein. Es ist aber ein glückliches Zusammentreffen, daß wenigstens für einige Zeit eine Schranke der kostenlosen inneren Befreiungsakte in Deutschland, die sich gegenwärtig mit den Frühlingstrieben periodisch wiederholen, gleichzeitig auch auf jene äußere Situationsveränderung stößt, die, ganz allgemein gesprochen, die Chancen weiterer Positionsgewinne des Faschismus für eine wenn auch vielleicht nur kurze Phase herabsetzen.

*

Umso größer die Zunahme der potentiellen Kriegsgefahr. Nie war sie stärker sichtbar als heute. Umso wichtiger die Herausbildung von Gegenkräften, umso entscheidender heute, wo es sich aufs neue herausstellt, daß der kapitalistische Imperialismus bestenfalls imstande ist, die Katastrophe von 1914 auf einer größeren Stufenleiter zu wiederholen, die Aktion der internationalen Arbeiterbewegung. Umso wichtiger die Ueberwindung der Spaltung, die internationale Einigung des stärksten Faktors, der internationalen Gewerkschaftsbewegung. Umso wichtiger die Vorbereitung aller politischen Organisationen für eine Erneuerung ihrer Auffassungen, die rascheste Anpassung an die Bedürfnisse der gegenwärtigen Situation, die Besinnung auf die eigene Kraft und die Orientierung auf ein Eingreifen, das wirklich den geschichtlich fortschrittlichsten Kräften in der kommenden Auseinandersetzung die Führung geben kann.

Historisch gesprochen ist die Frist, die gestellt ist, vor der neuen Katastrophe eine sehr kurze. Es ist heute bereits klar, daß beispielsweise eine Orientierung der englischen Arbeiterpartei, die nicht auf Grund der traditionellen Haltung des letzten Jahrzehnts zu Deutschland, sondern auf Grund der neuen Situation bestimmt wäre, die Baldwin-Regierung zwingen könnte, Sanktionen gegen Deutschland zu ermöglichen. Solche Sanktionen könnten wirksam sein. Sie werden nicht zustande kommen, weil die Interessendifferenzierung im Falle Deutschland den Baldwinflügel abhält, ihre Verhängung zu unterstützen, wie im Falle der italienischen Kriegsprovokation die gleiche Interessendifferenzierung die fran-

zösische Rechte abgehalten hat, Sanktionen gegen das faschistische Italien zu verhängen, was noch vor einigen Monaten wahrscheinlich vollständig andere Bedingungen in Europa geschaffen hätte. Eine einheitliche Haltung geeinigter Arbeiterorganisationen auf dem Kontinent würde einen starken, freundschaftlichen Einfluß auf die Labour Party nicht verfehlen. Bei dem Widerspruch der Interessen in England selbst, der sich drastisch in den kuriosen Schwankungen der englischen Außenpolitik des letzten Jahres zeigte, würde die Labour Party heute Herrn Baldwin ebenso zur Raison bringen können, wie vor wenigen Monaten Mister Hoare. einem Massendruck weichen mußte.

Die Frist, die zur Verfügung steht, um in dieser Richtung zu wirken, ist auch deshalb so kurz, weil schon das nächste Jahr programmgemäß die territorialen Forderungen des deutschen Faschismus bringen wird, die in diesem Jahre ebenso abgeschworen wurden wie im vergangenen März die Pläne, den Locarnopakt zu zerreißen. Und je weniger innere Befriedigung mit gefahrloseren Befreiungsrummeln zu erreichen ist, je stärker von außen her Abbautendenzen mit der Konjunktur einwirken, desto möglicher werden abenteuerliche Auswegversuche. Memelgebiet, Oesterreich, Korridor, Elsaß-Lothringen sind die nächsten Etappen der Ueberraschungsserie! Wird die europäische Arbeiterbewegung auch dann noch uneinig sein, wie heute die Garanten der zerrissenen Verträge? Hier ist der einzige Punkt, in dem die Kraft der sozialistischen Arbeiterbewegung ausreichen kann, Entscheidendes zu ändern, Voraussetzungen des Erfolges schaffen zu helfen. (Abgeschlossen am 10. März.)

Problematisches Japan

Von **Gregor Bienstock.**

Das moderne Abendland kommt mit Japan erst um die Mitte des 19. Jahrhunderts in engere Berührung, als durch den amerikanisch-englisch-russischen Druck sich die Pforten des Inselreiches öffnen. Was sich in den folgenden fünfzig Jahren in Japan vollzieht, erscheint vom europäischen Standort aus als ein Schulbeispiel der wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Umwälzungen, die der europäisch-amerikanische Kapitalismus im wirtschaftlich zurückgebliebenen Orient hervorruft. Unerklärlich bleibt aber dabei, wieso Japan durch den abendländischen Kapitalismus zur ungeheuren Machtentfaltung befähigt wird, während die beiden anderen ostasiatischen Reiche, China und Korea, durch den Kontakt mit demselben Kapitalismus verfallen und ihre Selbständigkeit ganz oder doch zum Teil verlieren. Zum Verständnis des japanischen Aufstieges in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts und in unserer Zeit muß man sich schon auf die grundlegenden Tatsachen der Vorgeschichte des Inselvolkes besinnen.

Zwischen Festland und Ozean.

»Fremden Eindrücken weit offen zu sein und sie doch im Schutze einer geschlossenen Persönlichkeit sicher zu verwerten« — so hat Friedrich Ratzel einst den welthistorischen Vorteil der Inselstaaten gekennzeichnet. Die Geschichte Japans besteht in der Aufnahme fremden Ge-

dankengutes und seiner eigenartigen Verarbeitung, wobei verschiedene fremde Einflüsse geschickt gegeneinander ausgespielt werden. Der erste Umsturz in der Geschichte Japans, die sogenannte Taikwa-Reform (645—652 n. Chr.), Umwandlung des Geschlechterstaates in einen Beamtenstaat mit agrarsozialistischem Einschlag, geschieht bereits unter überwiegendem Einfluß chinesischer zentralistischer und staatssozialistischer Bestrebungen, die um dieselbe Zeit überhandnehmen. Die »Taikwa-Reform« ist die erste politische und soziale Revolution Japans, die im Zeichen der »Wiederherstellung« der kaiserlichen Macht vor sich geht. Aus dem Beamtenstaat der Taikwa-Epoche, den man etwa mit dem Staat Karl des Großen vergleichen kann, entwickelt sich der japanische Feudalstaat, dessen Blütezeit in das 13. bis 14. Jahrhundert fällt. Kulturgeschichtlich und soziologisch gesehen, wird diese ganze Epoche durch den Kampf zwischen zentralistischen und dezentralistischen Tendenzen ausgefüllt; Konfuzianismus (im 1.—2. Jahrhundert n. Chr. aus China eingeführt) und der indische Buddhismus, der um 600 n. Chr. bereits eine beherrschende Stellung einnimmt, verdrängen vollkommen die altjapanische Natur- und Ahnenreligion. Die ostasiatische Entwicklung vollzieht sich bis zum 16. Jahrhundert im wesentlichen in der Wechselwirkung der drei großen Kulturkreise: des chinesischen, des indischen und des japanischen, der »drei Länder« (»san koku« der japanischen Geschichtsschreibung).

Das 16. Jahrhundert stellt in der Geschichte Japans einen gewaltigen Einschnitt dar. Bis dahin überwiegen in der Entwicklung des Inselstaates kontinentale Einflüsse, die in dem Versuch der mongolisch-chinesischen Dynastie, Japan ihrem Machtkreise gänzlich einzuverleiben (Kaiser Hubilai im 13. Jahrhundert) gipfeln. Dem Inselstaate gelang es damals, die Chinesen zur See entscheidend zu schlagen, womit die Offensive des mongolischen Festlandes gegen das Inselreich ein für allemal gebrochen ist. Diese kontinentale Offensive wird sechs Jahrhunderte später durch die Russen aufgenommen.

Im 16. Jahrhundert dringt zum erstenmal in entscheidender Weise ein anderes Leitmotiv der japanischen Geschichte durch, dem späterhin eine gewaltige Bedeutung in der Gestaltung des Schicksals des Inselvolkes zugedacht ist. In dieser Periode treten die Japaner zum erstenmal als Ozeanfahrer, als Piraten und Händler, auf und versuchen, von der Südinsel Kiushu als Basis, im ganzen westlichen Pazifik Fuß zu fassen (erstens außenpolitisches Auftreten des Satsuma-Klanes). Den südlichsten Grenzpunkt der ozeanischen Vorstöße der Satsuma-Leute stellt die Malakka-Halbinsel dar, wo die japanischen Seefahrer zum erstenmal auf die Europäer stoßen (der portugiesische Indienfahrer Albuquerque 1511).

Wie groß damals die außenpolitische Spannkraft des Inselreiches war, ersieht man aus den ozeanumspannenden Plänen der japanischen Staatsleute dieser Epoche. Man versucht einerseits den japanischen Handel nach dem östlichen Pazifik auszudehnen (Mexiko) — wo bereits Spanien seine Machtsphäre festgelegt hat. In diese Zeit fällt auch die südjapanische Botschaft an den Papst (Hazekura Tsunenaga), ein Versuch, sich mit dem Abendlande, vor allem mit den Portugiesen und Spaniern in friedlicher Weise auseinander zu setzen —, andererseits in gewaltiger Anspannung aller Volkskräfte, sich das chinesisch-koreanische Festland zu unterwerfen (Hideyoshi 1536—1598). In dieser weltpolitischen Spannung

zwischen Ozean und Festland des 16. Jahrhunderts ist bereits im Keime die ganze künftige Geschichte des asiatischen Inselstaates enthalten.

Bemerkenswert für das Verhältnis Abendland-China-Japan ist die sich zweimal in der Geschichte des Inselreiches wiederholende Erscheinung der Uebernahme der europäischen Waffentechnik durch die Japaner, um sie dann gegen China anzuwenden. 1542 erste Einführung der portugiesischen Feuerwaffen nach Japan. Fünfzig Jahre später (1592) sind die japanischen Truppen auf ihren festländischen Feldzügen bereits mit europäischen und den europäischen nachgemachten Feuerwaffen ausgerüstet. Derselbe Vorgang wiederholt sich dreihundert Jahre später: 1853 kommt Japan zum zweitenmal nach einer langen Unterbrechung mit der europäischen Waffentechnik in Berührung, genau vierzig Jahre darauf (1894) überwältigt es China mit Hilfe der europäischen Waffentechnik.

Japan ist damals, im 16.—17. Jahrhundert, dem Schicksal von Indien entgangen, weil jene Weltmacht, die in dieser Epoche dem asiatischen Inselstaat gefährlich werden konnte, Spanien, im Kampfe gegen England und Frankreich eine entscheidende Niederlage erleidet. Bald danach beginnt der dreißigjährige Krieg, der die Kräfte der europäischen Großmächte voll in Anspruch nimmt. Die kolonialen Kriege des 17. und 18. Jahrhunderts spielen sich am Atlantischen und Indischen Ozean ab, während der westliche Pazifik in diesen Auseinandersetzungen gar keine oder nur eine nebensächliche Bedeutung hat. Japan bringt andererseits unter den großen Einigern des Reiches Nobunaga, Hideyoshi und Tokugawa die innere Kraft auf, jene große Abschließung von der Außenwelt durchzuführen, die man als die Tokugawa-Epoche bezeichnet und die mehr als zwei Jahrhunderte dauert (1636—1868). Diese Epoche der vollkommenen Selbstisolierung Japans von allen abendländischen Einflüssen, die sogar in der Geschichte des Orients einzigartig dasteht, wird im Inlande durch eine bewußte Politik des Gleichgewichtes ergänzt. Der feudalen Gesellschaft wird ein zentralisierter staatlicher Apparat aufgestülpt. Die Spitze dieses staatlichen und militärischen Apparates, die aus dem Kampf der feudalen Gruppen sich herausbildet, das Shogunat, »Reichsmarschallamt«, verdrängt vollkommen die noch aus dem Geschlechterstaat herübergenommene Priestermonarchie.

Vom feudalen Shogunat zum »Shogunat des Kapitalismus«

In der Epoche Tokugawa, die sich bezeichnenderweise durch einen fast vollkommenen Stillstand des Bevölkerungswachstums charakterisiert, macht Japan unter der Hülle des durch staatlichen Zentralismus gemäßigten Feudalismus eine Entwicklung durch, die alle überkommenen sozialen Formen zersetzt. Am Ende dieser Epoche finden wir die alten Stände der Bauern, Handwerker, Händler, Samurai (Mittelding zwischen Ministerialadel und Haustruppen der lokalen Feudalfürsten), Priester und Daimyo (Lehensfürsten, wörtlich: großes Haus) noch vor. Aber das Gleichgewicht zwischen ihnen besteht nicht mehr. Der Ausgang des 18. und die ganze erste Hälfte des 19. Jahrhunderts sind mit gewaltigen sozialen Kämpfen ausgefüllt, in denen die Bauern gegen die Feudalherren, die Handwerkergilden gegen das Kaufmannspatriziertum aufstehen. Ohne in die Analogiesucht zu verfallen, kann man wohl diese Periode der japanischen Geschichte mit Zuständen in Frankreich und besonders in England vor der bürgerlichen Revolution vergleichen. Aus diesen Wirren gehen als Sieger

der Klanadel und das Handelskapital hervor. Die bürgerlichen Reformen und die Anpassung des sozialen Gefüges des noch halbfeudalen Japans an die Formen der europäisch-amerikanischen Gesellschaft (etwa zwischen 1853 und 1890) wird durch die Allianz der beiden Hauptmächte der unmittelbar vorausgegangenen Epoche, eben des Klanadels (Samurai) und des Handelskapitals, durchgeführt. Darin liegt wiederum eine Aehnlichkeit mit der bürgerlichen Revolution in Oesterreich und Deutschland.

Ebenso wichtig, ja für die künftige Entwicklung noch wichtiger, ist die Tatsache, daß die »Revolution« Meiji (Meiji-Reichserneuerung ist die Regierungsdevise des Kaisers Mutsu Hito, der 1868 die Regierung übernimmt) ihre Ideologie aus der Vergangenheit schöpft. Auch die zweite politische und soziale Umwälzung Japans geht, wie vor einem Jahrtausend die Taikwa-Reform, im Zeichen der »Wiederherstellung« der alten Hiero (Priester)monarchie vonstatten. Die 276 Feudalherren (Daimyo) verzichten 1868—1869 feierlich auf ihre Macht und legen sie in die Hand des Kaisers zurück (der 4. August 1789 des japanischen Feudalismus!) Der Träger der Souveränität wird der »göttliche Tenno«, um dessen Gestalt herum nun die Verfassung, im wesentlichen nach preußisch-deutschem Muster, gebaut wird. Aber die tatsächlichen Träger der staatlichen Macht werden jetzt die Führer der Klane (han), die jedoch über die alte Bedeutung der lokalen Stammesgenossenschaften oder Gefolgschaften hinauswachsen. Die Revolution Meiji ist von der Koalition der vier Südklane: Satsuma, Choshu, Tosa und Hizen durchgeführt worden. In die Regierung teilen sich während fast der ganzen Meiji-Aera (1868—1912) im wesentlichen die beiden stärksten Klane, Satsuma und Choshu, von denen der alte seefahrende Satsumaklan für sich die Besetzung der höchsten Aemter in der von dem Shogunat übernommenen und reorganisierten Marine in Anspruch nimmt, während Choshu die obersten Kommandostellen der neuen kaiserlichen Armee mit seinen Leuten besetzt. In den beiden Klanen selbst spielen aber nicht mehr die großen Feudalfürsten und ihre Hausminister (karo) die führende Rolle, sondern die während der Revolution und der sie begleitenden Bürgerkriege an die Oberfläche gekommenen Samurai-Geschlechter. Die heutige japanische Titelaristokratie hat am wenigsten mit dem alten Fürstenadel der Feudalzeit zu tun, alle diese Grafen, Fürsten und Marquise haben ihre Titel meistens in der Meijizeit, einige sogar viel später erworben.

Ebenso bedeutsam ist der andere wesentliche Zug der bürgerlichen Meiji-Revolution. Sie geht in einer äußerst gespannten außenpolitischen Lage vor sich, ja den unmittelbaren Anlaß zu dieser Revolution stellt das Erscheinen der fremden, amerikanischen, Schiffe vor den japanischen Häfen dar. Die öffentliche Meinung ist darüber empört, daß der Shogun, dessen wichtigste Funktion gerade in der Organisation der Landesverteidigung liegt (Shogun bedeutet »Barbaren vertreibender Feldherr«) anscheinend gewillt ist vor den »seefahrenden Barbaren« zu kapitulieren. Die sich unter dem Banner der Wiederherstellung des Kaisertums scharende Samuraijugend der südlichen Klane nennt sich »Joito«-Barbaren austreibende Partei, während die Anhänger des Shogunat sich unter der Parole »Landöffnung« (Kaikokuto) sammeln. Hier kommt jener Dualismus der japanischen Politik, besonders der Außenpolitik, zum Vorschein, der nicht nur die ältere, sondern auch die neue und neueste Geschichte Japans durchzieht. Stets kämpfen dort die beiden Parteien, die radikale, zu

außenpolitischen Abenteuern auf dem Festland und, in zweiter Linie, auch auf dem Ozean geneigte, und die gemäßigte, nach Sicherungen und Kompromissen strebende, Allianzen suchende. Und die ganze Geschichte des Inselstaates ist in diesen letzten 70 bis 80 Jahren durch außenpolitische Momente bestimmt.

Wie der bürgerliche Staat mit seinem Parlament, Unterhaus, Oberhaus, verfassungsmäßiger Regierung durch eine bestimmte Schicht des sich an die neuen Verhältnisse rasch angepaßten Feudaladels, so ist die bürgerliche Wirtschaft des neuen Japans gleichfalls durch den Feudaladel und das mit dem letzteren eng versippte Handelskapital aufgebaut worden. Was das Inselvolk wirtschaftlich in einer unglaublich kurzen Zeitspanne nach der Meiji-Revolution geleistet hat, ist nicht nur quantitativ erstaunenswert. Immerhin hat sich von 1868 bis 1912 (Todesjahr des Kaisers Mutsu Hito) die Ausfuhr dreizehnfach, die Einfuhr sogar zwanzigfach vergrößert, so wuchs Japan in die Weltwirtschaft hinein.

	1883	1913	1932
Rohseidenernte (in Millionen kg)	4	21	58
Zahl der Industriearbeiter (in Tausenden) . . .	130	1125	1942
Gewinnung der Steinkohle (in Millionen Tonnen) .	1.0	21.3	28.0
Produktion von Stahl (in Tausenden Tonnen) . .	—	14	2360
Tonnage der Dampferflotte (in Tausenden Tonnen)	50	1528	4255
Ausgaben des Reichshaushaltes (in Millionen Yen, Kaufkraft 1913)	208	574	1640

Dieses quantitative Wachstum sagt noch nichts über die gewaltige Konzentration des japanischen Kapitals. Die fünf Großkonzerne, Mitsui, Mitsubishi, Sumitomo, Yasudu und Okura kontrollieren die Hälfte des Nationalvermögens. Die Proletarisierung der Bevölkerung hat viel größere Ausmaße angenommen, als das von der offiziellen Statistik zugegeben wird. Bereits 1927 schätzt man die rein proletarische Bevölkerung der Städte auf 4½ Millionen und die Gesamtzahl der nicht mehr bodengebundenen Handarbeiter auf etwa 10 Millionen. Alle diese Existenzen haben parallel mit der im rasenden Tempo erfolgenden kapitalistischen Entwicklung und der Vernichtung aller alten Formen der Versorgung, einen gewaltigen Niedergang ihres Lebensstandards erfahren.

Auf einer noch niedrigeren Stufe der Lebenshaltung steht die Bauernschaft. Trotz der sehr weit gediehenen Industrialisierung ist heute noch immer etwa die Hälfte der Bevölkerung in der Landwirtschaft beschädigt. Als Hauptfigur des Ackerbaues erscheint der bäuerliche Kleinpächter, der entweder gar keinen Boden besitzt oder nur eine Zwergparzelle sein eigen nennt. Man zählt im ganzen rund 5 Millionen Zwergbauern und Kleinpächter, bei denen auf eine Wirtschaft durchschnittlich weniger als ein Hektar entfällt. Es handelt sich natürlich bei dieser Art der bäuerlichen Wirtschaft nicht um einen modernen rationellen Betrieb, sondern um Verhältnisse der vorkapitalistischen Epoche. Die Pacht wird meist in Naturalform entrichtet und erreicht mindestens 50 Prozent, nicht selten bis 80 Prozent der Ernte. Die Verschuldung der Bauernschaft ist sehr groß, sie wird gegenwärtig auf etwa 7 bis 10 Milliarden Yen geschätzt. Es wäre aber falsch, sich nun auf dem Gegenpol eine Latifundienaristokratie vorzustellen. Der Grundbesitz ist in der Regel sehr zersplittert und befindet sich in den Händen des Kleinadels und des Bürgertums. Beide Kategorien des Grundbesitzes sind gleichfalls sehr verschuldet, führen in der Regel keine eigene Wirtschaft, sondern verpachten ihren ganzen Besitz.

Wenn man in der oppositionellen Presse Japans von dem »Shogunat des Kapitalismus« spricht, so meint man damit ungefähr dasselbe, was man in Europa und Amerika mit dem Schlagwort »Herrschaft des Finanzkapitals« ausdrückt. Die große Meiji-Revolution habe, so wird etwa argumentiert, das bankrotte, ausbeuterische Shogunat und mit ihm das ganze Feudalsystem beseitigt, und die alte Priestermonarchie, die zugleich eine Volksmonarchie sein soll, nicht nur als politische Herrschaftsform, sondern auch als die alleinige Eigentümerin des Grund und Bodens und überhaupt des ganzen nationalen Vermögens eingesetzt. Aber wie das alte Shogunat die Priestermonarchie in der Takugawa-Epoche in den Hintergrund gedrängt und schließlich der ganzen Macht beraubt habe, so sei auch jetzt der »göttliche Tenno« in die Gefangenschaft der modernen Shogune, der monopolistischen Konzerne, der Mitsui und Mitsubishi, geraten. Die volkstümliche und demagogische Oppositionsplattform, auf der sich alle Unzufriedenen und Deklassierten, von dem verschuldeten Zwergpächter und dem gleichfalls verschuldeten adligen Grundbesitzer bis zum städtischen Proletarier, Handwerker und Intellektuellen, sammeln, verlangt eine »neue Meiji-Revolution« und erwartet, daß der Kaiser sich, wie vor siebzig Jahren, an die Spitze einer Volksrevolution, diesmal gegen das Shogunat des Kapitalismus, stelle.

»Konservative Revolution«

Die tiefste Ursache der im letzten Jahrzehnt alle Volksschichten erfassenden Gärung liegt im gewaltigen Widerspruch zwischen der bescheidenen Kapazität der Volkswirtschaft und den kolossalen Ansprüchen, die der Staat an diese Volkswirtschaft stellt. Man kann in diesem Falle tatsächlich von dem »Panzer des Riesen« reden, der den mageren Leib der japanischen Volkswirtschaft zu erdrücken droht. Japans Volkseinkommen auf den Kopf der Bevölkerung ist heute siebenmal so klein als jenes von England, und rund ein Fünftel dieses bescheidenen Volkseinkommens wird für die Aufrüstung und für die Aufbringung der Zinsen für Rüstungsanleihen verwandt. Tiefe Gründe für eine allgemeine Unzufriedenheit der Volksmassen gibt es also genug. Aber es scheint, daß bis jetzt jedenfalls die Volksmassen die Lösung des sozialen Problems nicht in der Zukunft, sondern in der Vergangenheit gesucht haben. Die moderne Arbeiterbewegung, politische und gewerkschaftliche, führt ein kümmerliches Dasein: sie ist sehr zersplittert und muß noch immer um die elementare Freiheit der Organisation kämpfen. Auch die Erfolge bei den jüngsten Wahlen (in Japan besteht seit 1928 allgemeines Männerwahlrecht), wie erfreulich sie auch sind, können über die Schwäche dieser Bewegung nicht hinwegtäuschen. Vorläufig und für absehbare Zeit drückt sich die oppositionelle Stimmung der Massen zum großen Teil in einer Ideologie aus, die ihre Begriffe im wesentlichen aus der Welt des Nationalismus, allerdings eines stark sozial gefärbten Nationalismus schöpft. Gewisse Analogien mit dem europäischen Faschismus lassen sich leicht feststellen, auch eine direkte Beeinflussung, besonders durch den deutschen Nationalsozialismus, ist nicht abzuleugnen. Aber im wesentlichen handelt es sich hier doch um Ideologien und Bewegungen, die aus Besonderheiten der japanischen Geschichte und sozialen Struktur zu erklären sind. Die erste Phase der Revolution, in die Japan bereits eingetreten ist, wird einen »konservativen« Charakter tragen.

Das japanische Zweiparteiensystem mit seinem Spiel der Ablösung

der herrschenden Gruppen an der Macht entsprach zweifellos dem tief in dem Nationalcharakter verankerten Zug zum Dualismus, war aber doch in letzter Linie eine Kulisse, hinter der sich die alte Klanherrschaft verbarg. Je mehr sich jedoch die sozialökonomische und politische, vor allem die außenpolitische Krise verschärfte, desto unbequemer wurde diese Kulisse für die herrschenden Gruppen, weil sie die Hofcliquen und Konzerngefolgschaften in ihrer Manövrierfähigkeit hemmte. Diktatorisch ist Japan bereits während des Weltkrieges und der sibirischen Intervention regiert worden. Das Attentat auf den Ministerpräsidenten Inukai (von der Seyukai-Partei) am 15. Mai 1932, das mitten in einer akuten außenpolitischen Krise, hervorgerufen durch die Besetzung der Mandschurei (1931), geschieht, leitet eine neue Periode von »überparteilichen« Kabinetten ein, die einer Diktatur sehr ähnlich sehen. Aber das ist eine Diktatur eigener Art, eine Diktatur, die auf einem Kompromiß zwischen verschiedenen Klanspitzen und Konzerngruppen sowie Parteiklüngeln beruht.

Die Wegnahme der parlamentarischen Kulisse hat aber die »faschistischen« Elemente ungemein gefördert. Wenn man schon den Parlamentarismus beseitigt oder wenigstens auf den Absterbeetat setzt, so solle man überhaupt mit dem »Unfug der Parteien« und gleichzeitig auch mit dem »Shogunat des Kapitalismus« aufräumen. Aber der japanische Faschismus — wenn man schon diesen Begriff hier ohne Anführungszeichen anwenden will — ist organisatorisch sehr zersplittert, ihm fehlen die beiden für jede wirkliche faschistische Bewegung unumgänglichen Elemente: die einheitliche Führung und die soziale Massenbasis. Auf der einen Seite stehen die alten bürokratisch-militärischen »Herrenklubs«, wie die 1901 gegründete »Gesellschaft des Schwarzen Drachen« oder die neuere »Gesellschaft der Fundamente des Staates« (»Kokuhonsha«), deren Begründer Baron Hiranuma im Mittelpunkt aller politischen Intrigen mit dem Zweck der endgültigen Beseitigung des Parlamentarismus steht. Hierher gehört auch die »Liga für die Beseitigung der Parteien«, an deren Spitze der Vorsitzende des Konzerns der Südmandschurischen Eisenbahn, Matsuoka, steht. Alle diese Namen muß man sich merken, weil es sich um entscheidende Elemente der künftigen Gestaltung der japanischen Politik handelt.

Auf der anderen Seite stehen faschistische Verbände oder »Parteien«, die eine mehr oder minder plebejische Führung haben und jedenfalls nach einer »Massenbasis« suchen, wie die Shin Nihon Kokumin Domei (Nationale Liga des neuen Japans), die erst 1932 in Erscheinung tritt und an deren Spitze ein früherer Kommunist und Anarchist, Sazai, steht. Diese »Liga« könnte man, jedenfalls nach ihren offiziellen Kundgebungen, als national-bolschewistisch bezeichnen, während man die Seisanto, eine andere Liga mit »Massenmitgliedschaft«, eher als nationalsozialistisch ansprechen möchte. Einen ganz besonderen Platz nehmen Militärorganisationen ein, die entweder ein völlig legales Dasein führen und unter dem Patronat der »Herrenklubs« stehen, wie der große Reservistenverband »Liga des Kaisers«, oder aber als formlose, mehr oder minder illegale oder halblegale Gruppen existieren.

Die Armee stellt überhaupt die Hoffnung aller dieser faschistischen und antiparlamentarischen Gruppen, Klubs und Verbände dar. Wenn man in den faschistischen Kreisen von »Massen« spricht, so denkt man weniger an die Bauern und Arbeiter als an die Soldaten und vor allem

an die jungen Offiziere und Zöglinge der Militärschulen. Das ist das Reservoir aller Unzufriedenen und Deklassierten und das ist zugleich jene materielle Macht, die die alten Parteien und Klanführungen auf radikale Art beseitigen kann. Es gibt keine einzige Armee in der Welt, in der die Offiziersgagen so niedrig wären wie in der japanischen. Die jungen Offiziere und Kadetten stammen fast durchwegs aus den Kreisen des verschuldeten Landadels und zum Teil des gleichfalls unter dem Druck des Großkapitals pauperisierten städtischen Kleinbürgertums. Daher die antikapitalistischen Stimmungen der jungen militärischen Generation. Dazu kommen noch die Beschwerden über das Avancement, das sich in der Hand von Generalscliquen befindet. Der Armeeklan Choshu besitzt noch immer traditionsmäßig das Recht zur Besetzung der obersten Kommandostellen, aber seine Macht ist stark eingeschränkt durch die Rivalitäten der militärischen Gruppen, die ihrerseits mit verschiedenen zivilen Gruppen in Verbindung stehen. So befindet sich die Gruppe des bekannten »faschistischen«, jedenfalls antikapitalistischen Generals Sadao Araki in irgendwelchen nicht ganz klaren Beziehungen mit der »Kokuhonsha« des Baron Hiranuma, die weniger in Antikapitalismus als in Antiparlamentarismus macht. Dagegen steht die andere Generalsclique, Hayashi, den großen Bankenkonzernen nahe, die in der durch den Militärputsch des 26. Februar 1936 liquidierten Regierung Okada durch den ermordeten Finanzminister Takahashi vertreten waren.

Kommt eine Militärdiktatur?

Geht Japan einer Militärdiktatur mehr oder minder faschistischer Art entgegen? Die Eigenartigkeit einer solchen Diktatur würde vor allem darin bestehen, daß sie in der Armee ihre Massenbasis finden würde. Aber das würde ihr einen ganz anderen Charakter geben als ihn die faschistische Diktatur in Deutschland oder Italien aufweist. Es ist jedoch noch fraglich, ob eine solche rein militärische Diktatur von Dauer sein könnte. Die Führer der radikalen Militärgruppen selbst verschließen nicht die Augen davor, daß sie auf große Widerstände stoßen würden. Zunächst ist es gar nicht so leicht, alle rivalisierenden Armeegruppen zusammenzubringen. Dann besteht noch immer der alte Gegensatz zwischen dem Armeeklan Choshu und dem Marineklan Satsuma, der in den letzten fünfzehn Jahren eine führende Rolle in der Regierung gespielt hat und den allergrößten Einfluß beim Hofe genoß.

Die Stellung des Kaisers gegenüber der antikapitalistischen und antiparlamentarischen Bewegung der militärischen Bewegung ist keineswegs eindeutig. Zwar berufen sich ausnahmslos alle faschistischen Verbände, sowohl die zivilen als die militärischen, auf die Autorität des »Tenno«. Die Revolution gegen das »Shogunat des Kapitalismus« soll ja nichts anderes sein als die Wiederherstellung der kaiserlichen Macht, die von den Kapitalisten und den Parteiführern usurpiert sei. Aber weder die alten Hofwürdenträger, wie Makino, noch der letzte Genro, »alter Staatsmann«, Fürst Sayonji, scheinen diese kaisertreuen Revolutionäre mit viel Vertrauen zu betrachten. Man ist am Hofe den revolutionären und antikapitalistischen Methoden abgeneigt, um so mehr als das kaiserliche Haus selbst zu den größten kapitalistischen Unternehmern gehört. Die kaiserlichen Gelder sind unter anderem in den großen privaten Bankenkonzernen Mitsui und Sumitomo sowie in dem Riesenkonzern der Südmandschurischen Eisenbahn an-

gelegt. Man befürchtet außerdem am kaiserlichen Hof nicht mit Unrecht, daß die Befreiung des Kaisertums von den Fesseln des »kapitalistischen Shogunats« sehr leicht in eine tatsächliche neue Verdrängung des Kaisertums durch ein militärisches Shogunat ausarten könnte, wofür die ältere japanische Geschichte mehrere Beispiele bietet.

Ohne aber die Billigung oder wenigstens eine stillschweigende Duldung seitens des »Tenno« können sich die japanischen »Faschisten« verschiedener Observanz keine Revolution vorstellen. Die nächste Zeit wird also wohl eher Kompromisse zwischen verschiedenen Spitzengruppen unter Vermittlung des Hofes bringen, wie überhaupt Kompromißlösungen in der japanischen Geschichte seit altersher sehr beliebt sind. Politische Attentate großen Stils stehen damit keineswegs in Widerspruch. Auch Attentate gehören, ebenso wie Klankämpfe, dualistische Parteiherrschaft und Gruppenklüngel, zu den durch Uebung und Sitte geheiligten Institutionen der ungeschriebenen japanischen Verfassung. Seitdem am 24. März 1860 im Sakuradator der Residenz in Tokio an dem Reichskanzler Ji Kamon no Kami das Attentat in ganz großem altjapanischem Stil vollzogen wurde, »weil er den heiligen Boden des Vaterlandes den Fremden in die Hand gegeben habe«, zieht sich eine lange Reihe von Attentaten, die meist dem Protest gegen gemäßigte Außenpolitik entspringen, hin, von denen wohl das bekannteste die Ermordung des Schöpfers der japanischen Verfassung, Fürst Ito (26. Oktober 1909), infolge seiner Politik der Annäherung an Rußland, ist.

Außenpolitik entscheidet.

Die Gestaltung der Innenpolitik Japans wird im entscheidenden Maße davon abhängen, welche Entwicklung die Außenpolitik des asiatischen Inselreiches nehmen wird. An anderer Stelle haben wir die historischen Grundlinien der japanischen Außenpolitik dargelegt*). Zusammenfassend möchten wir hier nur darauf hinweisen, daß Japan zweimal in seiner Geschichte einer außenpolitischen Katastrophe dadurch entgangen ist, daß die dem Inselreich gefährlich sein könnenden Mächte einander paralysiert haben. So war es im 16. bis 17. Jahrhundert, so ist es auch um die Mitte des 19. Jahrhunderts gewesen. Die »Oeffnung« Japans unter dem amerikanisch-russisch-britischen Druck fällt, glücklicherweise für Japan, in die Epoche des Krimkrieges, des amerikanischen Bürgerkrieges und des preußisch-französischen Krieges. In der entscheidenden Zeit zwischen 1853 und 1873, als Japan den Uebergang vom Feudalismus zur bürgerlichen Gesellschaftsordnung vollzog, ist also die außenpolitische Konstellation für das Inselreich günstig gewesen. In Tokio kennt man jedoch die Schwäche der japanischen Position und man erinnert sich vor allem sehr gut daran, wie die siegreiche japanische Festlandsexpansion dreimal im Laufe der letzten vierzig Jahre durch die Einmischung der europäischen Mächte gehemmt wurde. Wenn man also heute zum viertenmal — nach dem Kriege gegen China von 1894 bis 1895, dem russisch-japanischen Krieg von 1904 bis 1905 und nach der sibirischen Okkupation 1918 bis 1921 — sich zu einer groß gedachten Expansion auf Kosten Chinas und gegebenenfalls auch Rußlands anschickt, so will man sich dazu in Tokio wirtschaftlich, strategisch und diplomatisch gründlich vorbereiten. Japan

*) Gregor Bienstock, Der Kampf um den Pazifik, in »Der Kampf«, 1935, Nr. 3.

fürchtet nichts so sehr wie eine »Einkreisung«. Die weitsichtige Politik des heute ausschlaggebenden Satsuma-Klanes, die in dem bisherigen Außenminister Koki Hirota ihren Ausdruck gefunden hat, erstrebt zunächst den Ausbau einer gewaltigen strategischen und wirtschaftlichen Position in Nordchina. Das geschieht für alle Fälle, auch für den Fall eines Krieges mit Rußland. Aber es wäre grundsätzlich falsch, nun diesen sich vorbereitenden russisch-japanischen Krieg für unvermeidlich zu halten. Abgesehen davon, daß es in der Politik, und besonders in der Außenpolitik, nichts »Unvermeidliches« gibt, verfügt insbesondere die ostasiatische Außenpolitik über viele Möglichkeiten des Ausweichens und des Kompromisses. In den letzten dreißig Jahren haben Rußland und Japan fünfmal miteinander Abmachungen über die Teilung der Einflußsphären in Ostasien getroffen: 1907, 1910, 1911, 1916 und zuletzt 1925. Dieser letzte Vertrag vom 20. Januar 1925 hat fast den Charakter eines Bündnisvertrages getragen: Japan fühlte sich in dieser Epoche von England verlassen und von Amerika brüskiert. Damals haben kühne Kombinatoren sogar von einem eurasischen Block Deutschland-Rußland-Japan gesprochen. Die Zeiten ändern sich, aber auch heute ist eine russisch-japanische Entente keineswegs ausgeschlossen.

Es würde aber allen Traditionen der japanischen Außenpolitik direkt widersprechen, wenn man einen entscheidenden Schlag gegen Rußland unternehmen würde, ohne sich eine Rückendeckung auf dem Ozean zu verschaffen. Mit anderen Worten: es ist sehr wenig wahrscheinlich, daß Japan sich entscheidend auf dem Festland engagiert, ohne der wohlwollenden Neutralität wenigstens einer der beiden angelsächsischen Weltmächte sicher zu sein. Man ist nicht nur in Deutschland geneigt, die Möglichkeiten einer deutsch-japanischen Allianz gegen Rußland zu überschätzen. Die japanische Außenpolitik ist unter den heutigen Umständen gewiß einer Allianz mit Berlin nicht abgeneigt, aber die Politik von Tokio wird in letzter Linie von ozeanischen Erwägungen bestimmt. Ebensogut wie die Briten, die große Inselnation Europas, wissen die Japaner, daß Reiche durch Seegewalt begründet und geschützt, aber auch zerstört werden.

Historische Voraussetzungen des deutschen Nationalsozialismus

Von **Paul Sering.**

Wir haben zu zeigen versucht*), daß der deutsche Faschismus eine grundsätzlich neuartige Erscheinung ist, die aus dem Zusammenstoß der ökonomischen Entwicklungstendenzen des gegenwärtigen Kapitalismus mit einer voll entwickelten Interessendemokratie bei einer bestimmten Zuspitzung der Krise und der Klassengegensätze notwendig hervorgeht, sofern die sozialistische Gestaltung dieser Krise nicht gelingt. Wir haben uns dabei weitgehend auf das Erfahrungsmaterial der deutschen Entwicklung gestützt, aber soweit wie möglich von allen jenen Zügen dieser Entwicklung abgesehen, die durch historische und ökonomische Besonder-

*) Siehe Nr. 22/23, 24/25, und 26/27.

heiten Deutschlands bestimmt waren. Diese Methode war für die Herausarbeitung der allgemeinen Gesetzmäßigkeiten notwendig, für die Orientierung über die besonderen Bedingungen des revolutionären Kampfes in Deutschland und die besonderen Aufgaben der deutschen antifaschistischen Revolution ist sie natürlich unzureichend.

Die Untersuchung der Besonderheiten der deutschen Entwicklung kann von unserem Standpunkt aus nicht so erfolgen, daß diese Besonderheiten den allgemeinen Entwicklungstendenzen einfach hinzugefügt oder gar entgegengestellt werden, wie dies vielfach bei jenen der Fall ist, die den Nationalsozialismus als ein Produkt der geschichtlich gewordenen Eigenart des deutschen Volkscharakters betrachten. Vielmehr müssen die Besonderheiten in das Bild der Gesamtentwicklung eingegliedert, es muß gezeigt werden, in welcher konkreten Gestalt die Elemente dieser Entwicklung in Deutschland historisch vorhanden waren und durch welche konkreten ökonomischen Widersprüche sie zur Reife gebracht wurden. Wir fragen erstens, welche besonderen organisatorischen, klassenmäßigen und ideologischen Elemente dieser Entwicklung im halbabsolutistischen Deutschland erzeugt wurden, zweitens aus welchen Gründen und in welcher Gestalt sich diese Elemente in der Weimarer Republik erhielten, drittens wie durch den Einfluß der ökonomischen Probleme der Nachkriegszeit eine Transformation dieser Elemente zu etwas Neuem, eben der deutschen faschistischen Bewegung erfolgte.

I. Das Erbe des Kaiserreiches.

Die grundlegende Eigenart der deutschen Entwicklung bis 1918 bildete der Widerspruch, der zwischen Tempo und Höhe der industriellen Entwicklung und der Rückständigkeit der politischen Herrschaftsform bestand: das entwickeltste Industrieland Europas wurde in halbabsolutistischen Formen regiert. Diese Formen konnten die ökonomische Entwicklung der damaligen Epoche nicht entscheidend hemmen. Das Fehlen der demokratischen Revolution äußerte sich kaum in feudalen Resten, mit denen auf seine Art schon der Absolutismus aufgeräumt hatte. Das Kennzeichen der unvollendeten Demokratisierung war vielmehr wie immer das Fortbestehen von Privilegien innerhalb der Bourgeosie selbst, das Bündnis bestimmter Bourgeoisiegruppen mit dem Staatsapparat auf Kosten der Nation. Das Resultat war die Spaltung des Volkes in einen privilegierten und einen nichtprivilegierten Teil, eine Hypertrophie des staatlichen Gewaltapparats und das Fehlen einer echten nationalen Integration. Die Folgen dieses Widerspruchs, der sich in der Rolle Preußens, des ökonomisch wichtigsten und politisch reaktionärsten Landesteils, bei Aufbau und Entwicklung des Reiches konzentrierte, wirken bis in die Gegenwart nach.

1. Die Kräftekonstellation im Kaiserreich.

Das Kaiserreich stützte sich entscheidend auf drei soziale Kräfte: das preußische Junkertum, die privilegierten Teile der Bourgeoisie und das städtische Kleinbürgertum.

Das Junkertum war längst keine feudale Klasse mehr. Seine Entfeudalisierung hatte mit dem Aufbau des Militärstaates begonnen und war mit der Aufhebung der Erbuntertänigkeit in der Reformzeit vor den Freiheitskriegen im wesentlichen vollendet worden. Der einzige feudale Rest von Bedeutung war die Institution der Gutsbezirke, in denen Grund-

besitz und politische Verwaltung noch bis 1927 zusammenfielen. Das gesellschaftliche Gewicht der Junkerklasse beruhte jedoch nicht entscheidend auf diesen lokalen Privilegien, sondern auf ihrem Anteil am gesamten Staatsapparat. Es beruhte nicht auf feudalen Resten, sondern auf der besonderen Art, in der sich ihre Entfeudalisierung vollzogen hatte.

Der preußische Absolutismus ist ohne wesentliche Mithilfe des städtischen Bürgertums entwickelt worden, das in den preußischen Kernprovinzen sehr lange schwach und unentwickelt war. Die Entfeudalisierung des Adels vollzog sich daher weder als revolutionäre Enteignung wie in Frankreich, noch als Verbürgerlichung und Verschmelzung mit der Oberschicht der Bourgeoisie wie in England. Die Junker wurden weder depossediert, noch wurden sie gewöhnliche bürgerliche Agrarkapitalisten. Sie wurden vielmehr unter Beibehaltung ihrer Güter die führende Schicht des absolutistischen Staatsapparats selbst. Sie verloren ihre feudalen Privilegien nur, um die militärisch-bürokratischen Privilegien des Absolutismus dafür einzutauschen. Sie gingen als feudaler Stand unter, aber sie verwandelten sich nicht in eine bürgerliche Klasse, sondern in eine Kaste. Gegenüber der Spitze des Staatsapparats, den Monarchen, hatten sie ihren Rückhalt in der ökonomischen Position, gegenüber allen anderen Klassen ihr Vorrecht in der Beherrschung der leitenden Stellen in Diplomatie, Heer, Verwaltung, Staatskirche und Justiz.

Das staatliche Privileg blieb nicht ohne Einfluß auf die ökonomische Funktion. Die privilegierte Kaste verbürgerlichte nicht, d. h. sie war nicht gezwungen, sich an die kapitalistischen Bedürfnisse voll anzupassen, rationell zu wirtschaften. Sobald mit der Entwicklung des überseeischen Transportwesens durch das Auftauchen überseeischer Agrarprodukte auf dem Markt ihre ökonomische Position gefährdet wurde — in der Agrarkrise des letzten Viertels des neunzehnten Jahrhunderts —, griffen sie zur Staatshilfe. Der deutsche landwirtschaftliche Schutzzoll, den sie erkämpften, hat in der Geschichte der Handelspolitik Epoche gemacht. Es war der Beginn der subventionistischen Stützung niedergehender Produktionszweige, der Anfang einer Politik, die heute zu den wichtigsten Funktionen der großen Mehrzahl der kapitalistischen Staaten gehört. Das Vorbild aller Interessengruppen, die durch gesellschaftliche Macht eine wankende ökonomische Position zu erhalten suchen, ist die privilegierte Kaste der preußischen Junker geworden.

Das staatliche Privileg der Junker entstammt der Entstehungszeit des Absolutismus, einer Zeit schwach entwickelten Bürgertums. Mit dem industriellen Aufschwung Deutschlands mußte es heftige Angriffe der erstarkten Bourgeoisie hervorrufen. Seine Behauptung gelang auf Jahrzehnte hinaus, indem die entscheidenden ökonomischen Bedürfnisse der Bourgeoisie befriedigt und innerhalb ihrer selbst eine privilegierte Gruppe geschaffen wurde. Das Mittel dieser ökonomischen Befriedigung war die staatliche Expansion, ihr entscheidendes Werkzeug das Heer.

Spezifisch feudale Hemmnisse der ökonomischen Entwicklung bestanden nicht mehr. Die Rückständigkeit des Junkertums hemmte beträchtlich die Entwicklung des inneren Marktes; die Angliederung neuer Provinzen an Preußen, die Bildung des Zollvereins und des Reiches und schließlich die Eroberung des Weltmarktes boten dafür jedoch hinreichenden Ersatz. Die Erhaltung der Kleinstaaterei, unvermeidlich verbunden mit dem dynastischen Weg der Einigung des Reiches, bildete kein entscheidendes ökonomisches Hemmnis, sie hinderte weder eine einheitliche Wirtschafts-

politik nach außen, noch ein einheitliches Handels- und Prozeßrecht, noch den schnellen Ausbau des Eisenbahnnetzes. Alle jene Elemente der politischen Rückständigkeit waren also für die deutsche aufsteigende Bourgeoisie keine Gefahren, nur Unkostenelemente; und durch die Bedeutung der Militärmacht für die Markterweiterung machten sich diese Unkosten mehr als bezahlt. Solange der politische Kampf innerhalb Preußens ausgetragen wurde, bekämpfte die Bourgeoisie die junkerlichen Privilegien gerade auf militärischem Gebiet und zeigte die Tendenz, Kanonen nur für Volksrechte zu bewilligen. Als mit den siegreichen Kriegen, die zur Reichsgründung führten, die Militärmacht eine positive ökonomische Funktion gewonnen hatte und die Hemmungen angesichts der neuerschlossenen Expansionsmöglichkeiten ihre Bedeutung verloren, lernte sie, die Kanonen als hinreichenden Ersatz der Volksrechte zu betrachten. Sie überließ der privilegierten Kaste unter Ausübung einer formellen Kontrolle die Verteidigung ihrer Interessen, nach außen gegen die anderen Mächte, nach innen gegen das Proletariat.

Die Politik des Junkerstaates verwandelte sich so in imperalistische Politik. Doch wenn die Junker auch nach außen die Interessen der imperialistischen Bourgeoisie vertraten, so vertraten sie sie doch auf junkerliche Art. Die kapitalistisch unzweckmäßigen Methoden, die häufig angewandt wurden, das Durcheinander der Kompetenzen im Privilegienstaat, das eine konsequente Außenpolitik unmöglich machte, wurden ebenso wie die Unkosten des Junkerregimes selbst und der Druck ihrer Anmaßung immer wieder zu Ursachen von Teilkonflikten mit der Bourgeoisie. Voll abfinden konnte sich mit dem Regime nur derjenige Teil, der mit ihm in besonders enge, selbst privilegierte Verbindung trat: die Schwerindustrie.

Die Schwerindustrie war mit den Junkern durch ein zollpolitisches Bündnis verbunden. Ihre Zölle freilich hatten damals noch nicht den Stützungscharakter wie heute, sondern dienten der forcierten Entwicklung eines aufsteigenden, expansiven Produktionszweiges. Aber Zoll war Zoll, und eine Hand wusch die andere. Vor allem aber war die Schwerindustrie damals die Rüstungsindustrie, mithin die politisch wichtigste Industrie für den Militärstaat. Nicht nur ihre ökonomische Behandlung, auch ihre gesellschaftliche Stellung und ihr politischer Einfluß unterschieden sich sehr von der der übrigen Bourgeoisie. Sie führte ihren unbedingt kaisertreuen Flügel und schwankte nie.

Die Bedeutung von Großgrundbesitz und Schwerindustrie als führender Kräfte im Kaiserreich, die Bedeutung der Militärmacht als Basis ihres Bündnisses sind allgemein bekannt. Viel weniger klar ist die Bedeutung der dritten Stütze des Kaiserreichs: des städtischen Kleinbürgertums. Je länger das Kaiserreich bestand, desto schwächer wurde die liberale Opposition der städtischen Mittelschichten mindestens im protestantischen Teil des Reiches, desto stärker ihre Ausrichtung auf den Aufstieg im bestehenden Regime, deren ideologische Hauptform der Nationalliberalismus war. Diese charakteristische Partei des kaiserlichen Deutschland, die als Massenpartei nirgends eine Parallele hat, diese treueste Stütze des Regimes in allen Reichstagen der Vorkriegszeit ist undenkbar als bloße Bourgeoisiepartei ohne die Unterstützung entscheidender Teile der städtischen Mittelschichten.

Die städtischen Mittelschichten sind keine ökonomische Einheit. Neben eigentlichen Kleinbürgern, also Handwerkern und Kleinhändlern, umfassen sie die schnell wachsende Angestellten- und Beamtenschicht und

die freien Berufe. Aber wenn sie keine ökonomische Einheit sind, so waren sie doch gerade in dieser Zeit in stärkstem Maß eine gesellschaftliche und historische. Die Angestellten, die unteren Beamten, aber auch die freien und beamteten Akademiker rekrutierten sich in stärkstem Maße aus der kleinbürgerlichen Schicht, einschließlich der kleinen Bourgeoisie. Und alle diese Schichten orientierten sich in wachsendem Maße an der Lieferung für den Staatsapparat (Hoflieferanten, Garnisonstädte usw.) und an den Aufstiegchancen im militärischen und bürokratischen Staatsapparat. Es sind die Schichten, die oben durch die Reserveoffiziere, unten durch die Unteroffiziere begrenzt sind. Weit entscheidender als das Bündnis der Bourgeoisie mit der Monarchie ist für die spätere Entwicklung dies Fehlen einer demokratischen Tradition in den Massen der städtischen Mittelschichten geworden.

Der nichtprivilegierte Teil des Volkes beginnt bereits mit der Bauernschaft. Durch die Agrarpolitik zugunsten der ostelbischen Großgrundbesitzer und durch die Industriezölle zur Forcierung der wirtschaftlichen Entwicklung wurde sie doppelt betroffen: Die Last, die die Landwirtschaft bei jeder Industrialisierung tragen muß, wurde soweit wie möglich auf ihre Schultern gewälzt. Die Höhe des staatlichen Aufwandes überhaupt traf sie als Steuer, der Militärdienst war für sie weit mehr Betriebsstörung als Aufstiegschance. Ein großer Teil der Bauernschaft gehörte endlich dem systematisch benachteiligten katholischen Volksteil an. Während dieser Teil sich überwiegend auch politisch klerikal orientierte, hatte der gemäßigt oppositionelle Liberalismus, Fortschritt und Freisinn, in der protestantischen Bauernschaft seine stabilsten Reserven, auch als er schon einen städtischen Wahlkreis nach dem anderen nach rechts an die Nationalliberalen und nach links an die Sozialdemokratie abgeben mußte. Die einheitliche politische Stellungnahme der gesamten Landwirtschaft für die Rechte ist erst eine Errungenschaft der Nachkriegszeit.

Waren die Bauern benachteiligt und kritisch, so waren zwei große gesellschaftliche Blocks ausgesprochen unterdrückt: die organisierte Arbeiterschaft und der katholische Volksteil. Die Arbeiterbewegung hat sich in Preußendeutschland unter Ausnahmerecht entwickeln müssen. Nicht nur ihre politische Partei wurde lange Zeit verboten, die Gewerkschaften wurden in dieser Zeit an jeder stetigen Entwicklung gehindert und auch nach dem Fall des Sozialistengesetzes blieb die Arbeiterbewegung außerhalb der offiziellen Nation, nicht weil sie, sondern weil das Regime es so wollte. Vom preußischen Wahlrecht angefangen waren alle demokratischen Rechte der Arbeiterklasse ständig beschränkt und auch in ihrem beschränkten Umfang immer wieder plötzlichen Bedrohungen ausgesetzt. Um das Streikrecht gab es immer neue Kämpfe, die Freiheit der Straße wurde erst kurz vor dem Kriege erobert, die Schikanen gegen die Jugendorganisationen wollten nicht enden u. s. f. Die Sozialpolitik und die beschränkte Teilnahme auch der Arbeiterklasse am allgemeinen ökonomischen Aufstieg vermochte die Unterdrückung um so weniger vergessen zu machen, als mit dem Anwachsen der Belastung der Wirtschaft durch Industrie- und Agrarprotektionismus ein deutlicher Rückschlag im Lebensstandard der Massen fühlbar wurde.

Endlich war der katholische Volksteil, aus Nichtpreußen und Mußpreußen bestehend, durch den Kulturkampf zum zweiten großen oppositionellen Block zusammengeschweißt worden. Dem engen Bündnis der

protestantischen Staatskirche mit der regierenden Kaste entsprach der faktische Ausschluß der Katholiken von allen entscheidenden Funktionen im Staatsapparat und ihre Benachteiligung in jeder Weise, auch nachdem der Kulturkampf längst abgeschlossen war. Ohne die ständige Notwendigkeit des Kampfes gegen diese Unterdrückung ist die Festigkeit der katholischen Partei über alle Klassen hinweg nicht zu verstehen, die sich später aus einem Instrument zur Abwehr der Benachteiligung in einen positiven Protektionsapparat großen Stils verwandelte.

Zusammenfassend kann man sagen, daß die wirklich mit der Machtverteilung im Kaiserreich einverstandenen tragenden Schichten in der Vorkriegszeit nur eine Minderheit des Volkes bildeten, und daß die inneren Spannungen zu stark waren, um ein einheitliches Nationalbewußtsein zu ermöglichen. Die Stärke des Staatsapparats und das Prestige seiner äußeren Erfolge, der ökonomische Aufstieg und die beträchtlichen halbdemokratischen Ventile des konstitutionellen Regimes reichten jedoch aus, um keine Bildung eigentlich revolutionärer Kräfte zu ermöglichen. Die politischen Träger der Opposition zeigten sogar eine wachsende Tendenz zur Einfügung in den gegebenen staatlichen Rahmen, sie orientierten sich an der Hoffnung, die Ventile schrittweise bis zur vollen Einführung des Parlamentarismus und zur Beseitigung der Privilegien zu erweitern. Erst die Not des Krieges und der Prestigeverlust des Militärstaates durch die Niederlage haben die angehäuften Spannungen explodieren und das System zerbrechen lassen.

2. Die Rolle der Staatsmaschine.

Das preußisch-deutsche Reich ist nicht durch eine große nationale Revolution, sondern durch militärische Siege, zuerst im inneren deutschen Krieg, dann nach außen geschaffen worden. Der Staat ist nicht ein Produkt der Nation, sondern die Nation ein Produkt des Staates. Je weniger von vornherein ein einheitliches Nationalbewußtsein vorhanden war, um so stärker mußte der Gewaltapparat ausgebaut werden, je geringer die Initiative der Volksmassen, desto größer die Bedeutung der Bürokratie, je verschiedener die nationale Entwicklung der Landesteile, desto schärfer mußte die Zentralisation von oben sein.

Hatte der Staatsapparat in allen seinen Funktionen so entscheidende Bedeutung für den Zusammenhalt der Stämme, so das Militär insbesondere für den Zusammenhalt der tragenden Klassen. Das Bündnis von Junkern, privilegierter Bourgeoisie und städtischem Kleinbürgertum, das wir schilderten, konzertrierte sich in der Militärmacht. Der Militärdienst sicherte nicht nur die Existenz der Junkerkaste, der militärische Erfolg, das militärische Prestige rechtfertigte auch alle ihre Privilegien. Die Machtstellung nach außen, die die Stärke der Militärmacht gewährte, söhnte die Bourgeoisie mit diesen Privilegien aus. Der Rüstungsbedarf band ihre privilegierten Teile eng an das Regime. Die militärischen Aufstiegschancen waren das Mittel zur Führung und Beeinflussung des Kleinbürgertums.

Das Resultat dieser Bedingungen war der Ueberstaat im allgemeinen und der Militärstaat im besonderen. Umfang, Wirkungsbereich und soziale Stellung der Bürokratie aller Art war im kaiserlichen Deutschland größer als irgendwo sonst in modernen Ländern. Die soziale Bedeutung von Titeln und Uniformen war der auffälligste Maßstab dafür. Die organisierende Funktion des Staates auf wirtschaftlichem Gebiet

wurde auf dieser starken Grundlage früher und weiter entwickelt als in allen anderen kapitalistischen Ländern. Die »vorbildliche Sozialpolitik«, die Staatseisenbahnen, das Kalisyndikat, die ersten staatlichen Bergwerke gehören hierher. Das gesamte Kultur- und Erziehungswesen trug die Züge der bürokratischen Kastenordnung, auch die Staatsreligion war hochgradig bürokratisiert.

Die Armee aber war nicht nur ungewöhnlich stark entwickelt, nicht nur eine feste Burg des junkerlichen Privilegs, sie, die Verkörperung der Staatsgewalt selbst und der von der Staatsmacht geschaffenen Nation, stand auch in aller Form über der Nation. Das Militärkabinett war der wichtigste unter den »unverantwortlichen Faktoren« des halbkonstitutionellen Regimes. Der große Generalstab machte in entscheidenden Krisen die Politik zum Mittel des Krieges. Der formelle Ausdruck dafür, daß die Armee außerhalb, nämlich oberhalb der Rechtsordnung stand, war endlich die besondere Gerichtsbarkeit. Erst durch diese Sonderstellung gewann die militärische Tätigkeit den sozialen Rang, durch den sie diese Anziehungskraft auf breite Schichten ausüben konnte.

Eine erstaunliche bürokratische und militärische Maschinerie ist so im kaiserlichen Deutschland geschaffen worden. Sie konnte sich in ihrem Funktionieren zum Teil auf die nicht minder erstaunliche Maschinerie der Wirtschaftsorganisation stützen, die durch den hohen Konzentrationsgrad des deutschen Bank- und Industriewesens bereits entstanden war. Sie hatte einen beträchtlichen parasitären Anteil und stellte schon damals eine ernste Belastung des deutschen Wirtschaftskörpers dar. Aber sie hatte daneben bedeutende und schwer ersetzbare produktive Funktionen. Diese Maschine war gleichzeitig eine enorme Waffe der reaktionären Kräfte, die lebendige Verkörperung ihres Bündnisses und gleichzeitig ein Faktor der Organisation des gesellschaftlichen Lebens, der auf der erreichten ökonomischen Entwicklungsstufe bei Strafe der Katastrophe nicht mehr einfach verschwinden konnte.

3. Die ideologischen Resultate.

Die Eigenart der Entstehung des Reiches hat zur Folge gehabt, daß das deutsche Nationalbewußtsein einen anderen Charakter bekam, als das der großen Nationen des Westens. Die Nation, die ihren Staat nicht als ihr Produkt begreifen konnte, konnte ihr Selbstbewußtsein nur finden, indem sie die staatliche Macht als solche zum Gegenstand der Verehrung erhob. Kaiser und Heer waren das Symbol der Nation, und das Heer war nicht das Volk in Waffen, sondern trotz der allgemeinen Wehrpflicht auf Grund seines Aufbaus ein dem Volk entfremdeter, das Zivil verachtender, selbständiger Apparat. Der Patriotismus des Kaiserreiches hat keine anerkannte Nationalhymne hervorgebracht; das byzantinische »Heil Dir im Siegerkranz« nahm faktisch diesen Platz ein. Die Flagge des Kaiserreichs war ein durch Veränderung der Preußenfahne geschaffenes Kunstprodukt, hinter dem keine geschichtliche Tradition, vor allem keine Tradition einer Volksbewegung stand. So war das deutsche Nationalbewußtsein nicht etwa stärker entwickelt als das anderer Länder. Auch der Gedanke der nationalen Mission (»Am deutschen Wesen soll die Welt genesen«) ist nichts spezifisch Deutsches. Spezifisch war die Koppelung des Nationalbewußtseins nicht mit irgendeiner Form der Freiheitsidee wie im Westen, sondern mit der Verehrung der Gewalt als einzig geschichtsbildender Kraft.

Ihre volle Blüte entfaltete diese Ideologie in der Periode des Imperialismus. Alle Großmächte rüsteten, teilten die Welt auf, dehnten ihren Machtbereich aus. Alle suchten die Bedürfnisse des expansiven Kapitals mit dem Gedanken einer nationalen Mission zu rechtfertigen. Aber in den anderen großen Nationen war die nationale Idee Demokratie, Selbstbestimmung, persönliche Freiheit, Zivilisation, Rechtsordnung: die Ideologie der revolutionären Vergangenheit und der liberalen Blüte der Bourgeoisie diente als Deckmantel ihrer räuberischen Gegenwart.

Nur in Deutschland war die Nation selbst ein Produkt gewaltsamer staatlicher Expansion. Hier und hier allein entsprach die Ideologie der Brutalität der brutalen Wirklichkeit, wurde als Inhalt der nationalen Mission nackt und deutlich die Weltherrschaft verkündet, wurde die klassische Ideologie des Imperialismus geschaffen. Zwischen dem Nationalliberalismus der Reichsgründungszeit und der extrem imperialistischen Ideologie des Alldeutschtums besteht grundsätzlich Kontinuität. Nicht der Konservativismus, der Nationalliberalismus hat die geistigen Elemente des Alldeutschtums hervorgebracht; Treitschke, nicht Bismarck ist sein Ahnherr. Der Liberalismus, der sich von demokratischen Elementen völlig befreit hat und nur noch die Freiheit der Ausbeutung meint, der den Staat nicht mehr beiseite schieben, sondern in den Dienst des Profits stellen will, der seine Rechtfertigung in den biologischen Naturgesetzen vom Kampf ums Dasein, also im Recht des Stärkeren findet und diese »Naturgesetze« aus der Konkurrenz der Kapitalien auf die Konkurrenz der Nationen überträgt — das ist die vollendete Begründung des Imperialismus. Das ist freilich im Keim auch schon die Rassentheorie: auf dem Wege über das Alldeutschtum geht die Hitlersche Doktrin auf liberales, nämlich nationalliberales Gedankengut zurück, und dies gerade in ihren »biologischen« Fundamenten.

Der Vergottung des Staates, die sich auch in der engen Verbindung von Staat und Kirche zeigte, entsprach die Heftigkeit der Abwehr der »überstaatlichen« Mächte. Von der Unterdrückung der sozialistischen Arbeiterbewegung, vom offiziellen Antikatholizismus ist schon gesprochen worden. In dies Bild gehört auch der offizielle Antisemitismus des Kaiserreichs hinein. Wie alle demokratisch revolutionären Ansätze, war auch die Judenemanzipation in Deutschland auf halbem Wege stecken geblieben. Die Kastenschranken, die die Juden früher auf einige Berufe beschränkt hatten, wurden in einigen Richtungen erweitert, aber nicht durchbrochen. Innerhalb der Bourgeoisie gehörten sie grundsätzlich zu dem nichtprivilegierten Teil, von höheren Stellen des Staatsapparates waren sie selbstverständlich ausgeschlossen, in Wissenschaft und Kunst, wo sie in schnellem Tempo eindrangen, stießen sie überall dort auf Schranken, wo die staatlichen Aemter und Ehren begannen. Sie wurden so in relativer Abgeschlossenheit als Sondergruppe erhalten, ein Zusammenhang gefestigt, der überall, wo die Besetzung von Positionen gelang, eine jüdische Gegenprotektion hervorbrachte, und ein starker Prozentsatz von ihnen, vor allem aus der jüdischen Intelligenz, ging in die politische Opposition, zu jenen Parteien, die um die Abschaffung der Privilegien kämpften. Das wieder verstärkte den Antisemitismus der staatstragenden Faktoren, dem in einzelnen Landesteilen auch eine Volksströmung unter den Mittelschichten entgegenkam. Sie war damals eine Form des Widerstands rückständiger Gebiete und Schichten gegen die von außen hereingetragene und häufig vom jüdischen Handel forcierte kapita-

listische Entwicklung, ähnlich dem Widerstand der Bayern gegen die Preußen.

Ein Nationalbewußtsein, das auf der Verehrung eines Staates beruht, der große Volksteile offen unterdrückte, konnte nicht das ganze Volk erfassen. Auf dieser Kombination von Unterdrückung mit einem gewissen demokratischen Spielraum der Opposition beruhte nun die Eigenart der Parteikämpfe in Deutschland. Die politischen Repräsentanten der unterdrückten Volksteile galten als staatsfeindlich, als nichtnational und waren es auch in beschränktem Grade, soweit es sich um den gegebenen Staat handelte. Die Parteien standen sich nicht als Interessenvertreter auf dem Boden gemeinsamen Staats- und Nationalbewußtseins gegenüber; sie repräsentierten geschlossene, »staatstreue« oder »staatsfeindliche« gesellschaftliche Milieus. Im Regierungslager hatte diese gesellschaftliche Erfasung der Anhängerschaft überparteiliche Formen: ihre Hauptträger waren die Kriegervereine. Die sozialistische und katholische Opposition schuf sich demgegenüber in einem Netz von faktisch parteigebundenen Vereinen aller Art ihr geschlossenes gesellschaftliches Milieu, das die Anhänger von der Wiege bis zum Grabe erfaßte. Das Geheimnis der Intensität und Bedeutung des deutschen Vereinslebens liegt in dieser faktischen Spaltung der Nation durch den Privilegienstaat.

Die liberale Opposition war zu schwach und zu wenig grundsätzlich, um ein solches eigenes Milieu hervorzubringen. Ein eigenartiger Ansatz dazu ist die radikalliberale Revolte großer Teile der kleinbürgerlichen protestantischen Jugend im letzten Vorkriegsjahrzehnt, die man als die deutsche Jugendbewegung kennt. In unpolitischen Formen, aber mit der Tendenz der Erfassung des ganzen Lebens der Anhänger und der Schaffung neuer Lebensformen wurde hier der Kampf gegen die vorgezeichnete Karriere, den Kastenstaat, gegen die darauf abgestellte Erziehung, gegen Stammtisch, Korpsstudententum und Muckerei aufgenommen. Die Konservierung vorbürgerlicher Lebensformen in Deutschland, die Militarisierung des Lebensstils zwang diese Jugend, in ihrer Opposition über den üblichen Liberalismus ihrer Zeit weit hinauszugehen. Doch wiederholte sich, da die Bewegung in unpolitischen Grenzen blieb, an ihr zum Teil das Schicksal der klassischen deutschen Philosophie, die von der Zensur in die Höhen der metaphysischen Abstraktion hinaufgeprügelt wurde. Aus ihren Gedanken und ihren Menschen sind nach dem Kriege einerseits der deutsche »Kulturbolschewismus«, anderseits wichtige Elemente der faschistischen Bewegung hervorgegangen.

II. Die Konterrevolution in der Republik.

1. Der konterrevolutionäre Ansturm.

Die große nationale demokratische Revolution, die in der deutschen Geschichte fehlt, ist auch 1918 nicht nachgeholt worden. Die Chance, die der Krieg hierfür geschaffen hatte, verging ungenutzt. Er hatte die Schranken zwischen Heer und Volk niedergerissen; er hatte das Ende der Ausnahmebehandlung breiter Volksmassen erzwungen; er hatte es unmöglich gemacht, die Privilegien der Junker und der militärischen Führung weiter zu verteidigen; er hatte das Prestige der alten Mächte, die sich dennoch bis zuletzt wehrten und konsequent in den Zusammenbruch hineinführten, anscheinend gründlich zerstört und so die Voraussetzungen eines neuen demokratischen Nationalbewußtseins geschaffen. An seinem Ende standen die Arbeiter- und Soldatenräte, spontan aus dem Zusam-

menbruch des alten Regimes entstandene Organe der unmittelbaren Selbstverwaltung des arbeitenden und bewaffneten Volkes. Doch sie traten ab, ohne bleibende Spuren im deutschen Volk zu hinterlassen.

Der Vorgang ist geschichtlich einzigartig. Die revolutionären Organe des deutschen Volkes haben weder die geflohenen Dynastien enteignet, noch die durch ihren Sturz völlig sinnlos gewordene Kleinstaaterei beseitigt. Sie haben weder Besitz und lokale Vorrechte der Junker, noch die Kontinuität der militärischen Führung angetastet. Sie haben weder das Rüstungskapital noch das nationale Kreditsystem der Kontrolle der Nation unterstellt. Sie haben weder die alte Verwaltung mit ihren Fachministern an der Spitze angerührt, noch eine bewaffnete Macht der Revolution geschaffen. Sie haben sich ausschließlich darauf konzentriert, unter Beibehaltung all dieser Gewalten und mit ihrer Hilfe den Krieg zu beenden, die ersten Notmaßnahmen zur Demobilisierung und Sicherstellung der Ernährung durchzuführen, eine Reihe sozialpolitischer Fortschritte zu realisieren und die Wahl der Nationalversammlung vorzubereiten, in deren Hand sie ihre Befugnisse zurücklegten. In diesem Parlament war für keine der versäumten revolutionären Maßnahmen eine Mehrheit vorhanden.

Weder die furchtbaren Folgen der Niederlage und die wirtschaftliche Not, noch die Tradition der deutschen Arbeiterbewegung, die in der Revolution vorübergehend zur Macht kam, können diesen Verlauf erklären. Andere Revolutionen, so noch gleichzeitig die russische, fanden in Not und äußerem Druck nur verstärkte Antriebe zur rücksichtslosen Sicherung der revolutionären Macht. Die Tradition reformistisch-demokratischer Opposition im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft erklärt wohl den Verzicht der Mehrheit der Arbeiterorganisationen auf den unmittelbaren Kampf um sozialistische Ziele, nicht aber das Fehlen jedes demokratisch-revolutionären Zielbewußtseins. Entscheidend war, daß die Umwälzung von 1918 unter ganz anderen Bedingungen, auf einer ganz anderen Entwicklungsstufe vor sich ging, als die demokratischen Revolutionen der Vergangenheit: unter den Bedingungen eines hochentwickelten, modernen Industrie-, Verwaltungs- und Militärapparats.

Die Macht der privilegierten Mächte der Vergangenheit lag in der Beherrschung dieser Apparate. Die Macht der Revolution konnte nur errichtet werden, indem diese Bastionen der Reaktion gebrochen, Heer und Verwaltung demokratisiert, Schlüsselstellungen der Wirtschaft vom neuen Staat besetzt wurden. Diese wirkliche Revolution, die wirkliche Entmachtung der Reaktion war nicht möglich ohne Sachkenntnis und Vorbereitung allein auf Grund revolutionären Willens; am wenigsten in einer Zeit der Not, am wenigsten durch eine Arbeiterbewegung, die sich niemals bewußt auf den Kampf um die Macht vorbereitet hatte. In einem entwickelten Industrieland kann die demokratische Revolution nicht mehr bloßes Sprengen reaktionärer Fesseln, sie muß der Beginn bewußter Beherrschung der Staats- und Wirtschaftsmaschine sein. Das ist die grundsätzliche Lehre von 1918.

Da die Voraussetzungen bewußter Beherrschung der Staats- und Wirtschaftsmaschine nicht vorhanden waren, da die deutsche Arbeiterklasse keine organisierte Kraft besaß, die politisch und organisatorisch diesen Aufgaben gewachsen war, wurden die Fesseln nicht gesprengt, blieben die Machtpositionen der Reaktion erhalten, blieben entscheidende

Teile des Machtapparats kontinuierlich in den Händen der Träger des alten Systems. Damit wurden die Zentren erhalten, um die sich die Konterrevolution erneut sammeln konnte. Unmittelbar nach dem Zusammenbruch war sie zersprengt, das Prestige der führenden Kräfte dahin, die Massen der früheren Anhänger des alten Regimes in ihrem Glauben erschüttert und bereit, sich neuen Zielen zuzuwenden. Die revolutionäre Regierung selbst reorganisierte das Prestige der militärischen Führung und die ersten Sammelpunkte der Konterrevolution: im Einverständnis mit der alten militärischen Führung und unfähig, eine Truppe der Demokratie zu organisieren, setzte sie konterrevolutionäre Freikorps gegen die radikale Minderheit der Arbeiterschaft ein, die sie nicht durch revolutionäre Taten zu überzeugen vermochte.

Mit der Nationalversammlung, mit der Konstituierung der demokratischen Republik begann die Periode, in der die »Gegengesellschaft« des Kaiserreiches regierte: Sozialdemokraten, Katholiken und der früher oppositionelle Teil des Liberalismus, die Weimarer Koalition. Die Konterrevolution war bei weitem in die Minderheit gedrängt. Sie zog sich darauf zurück, ihre Sonderpositionen zu behaupten und auszubauen. Schwerindustrie und Großgrundbesitz verteidigten ihr Privateigentum, schufen sich ihre neue Presse, reorganisierten ihre Standesvertretungen und schufen sich neue politische Parteien, die binnen kurzem die alte Anziehungskraft auf die städtischen Mittelschichten zurückgewannen. Der neue Staat hatte diesen keine neuen Möglichkeiten zu bieten und viele alte genommen. Fast alle, die mit dem Wehrpflichtheer zusammenhingen, waren verschwunden, auf dem Weg des bürokratischen Aufstiegs türmte das allmähliche Einrücken der »Parteibuchbeamten« Hindernisse auf, und gleichzeitig begannen diese Schichten unter der Inflation zu leiden, den Verlust der Kriegsanleihe zu realisieren. Im Dienst gebliebene Beamte und Richter gehörten zu den aktivsten Kräften ihrer reaktionären Sammlung.

Ihre ideologische Grundlage wurde das durch den Versailler Vertrag verletzte Nationalgefühl. Solange die alten Mächte geherrscht hatten, war Deutschland eine imperialistische Großmacht gewesen, respektiert von der Welt, in ständigem ökonomischen Aufstieg. Nun war seine Militärmacht zerschlagen, seine Kolonien und Auslandsguthaben weggenommen, mit den von fremden Völkern bewohnten Grenzgebieten große Stücke deutschen Landes abgetrennt, das Rheinland besetzt, die deutsche Wirtschaft nach der Erschöpfung des Krieges und zu all diesen Verlusten noch mit vorläufig unbegrenzten Reparationsverpflichtungen belastet und überdies vielfach zwangsmäßig in ihrer Konkurrenzfähigkeit beschränkt. Das Kleinbürgertum begann die Ursache des Wechsels der deutschen Lage in der Welt, des Wechsels seiner Lebensbedingungen im Wechsel seiner Herren zu suchen, die Niederlage als Folge statt als Ursache des Systemwechsels anzusehen. Die Konterrevolution begann, sich »nationale Opposition« zu nennen.

Ausgewählt von alten Generalstäblern, rekrutiert großenteils aus den bewährt konterrevolutionären Freikorps, wurde inzwischen auf der durch den Friedensvertrag eingeschränkten Basis allmählich das neue Heer aufgebaut. In ständigen Kämpfen gegen großenteils provozierte lokale Arbeiteraufstände gedieh diese Truppe so gut, daß sie bereits im März 1920, verbündet mit anderen reaktionären Kräften, dem erstaunten Volk demonstrieren konnte, wie ein wirklicher Putsch aussieht. Dieser erste große Angriff der Konterrevolution unterlag auf Grund der Schwäche

seiner Massenbasis. Doch er zeigte deutlich, wie starke Machtpositionen in ihren Händen bereits reorganisiert waren.

In der Abwehr des Kapp-Putsches hat die deutsche Arbeiterschaft zum erstenmal organisiert für die Demokratie gekämpft. Revolutionen, die durch ihre Milde verfrühte Vorstöße der Konterrevolution hervorrufen, bieten dadurch den Revolutionären eine neue bessere Chance. Der Kornilowputsch wurde in Rußland der Ausgangspunkt der entscheidenden Kräfteverschiebung nach links. Gegenwärtig hat die spanische Reaktion eine zweite revolutionäre Welle hervorgerufen. In Deutschland wurde auch die zweite Chance verpaßt, d. h. zu keiner entscheidenden Aenderung der Machtverhältnisse benutzt. Wieder wurden die gleichen Truppen, die eben an der Konterrevolution teilgenommen oder sich gegen sie neutral erklärt hatten, gegen Arbeiter geschickt, die sich mit der Wiederherstellung des Zustandes vor dem Putsch nicht zufrieden geben wollten. Der neugewählte Reichstag zeigte gegenüber der Nationalversammlung eine Gewichtsverschiebung nach rechts. Die Konterrevolution lernte, begann die Massen sorgfältiger zu beachten und sich auf längere Fristen einzustellen. Ihre Positionen waren fest genug, um abwarten zu können.

In den Jahren der Inflation wiederholt sich dieser Ablauf noch mehrmals. Die Vortrupps der Konterrevolution, in der Hauptsache als Schwarze Reichswehr um die legale Armee gruppiert und von ihr subventioniert, machen sich durch politische Morde bemerkbar. Der Rathenaumord ruft republikanische Riesendemonstrationen der Arbeiterschaft hervor. Auch sie bleiben ohne entscheidende Konsequenzen: das Republikschutzgesetz holte nichts von dem Versäumten nach, die reaktionäre Justizmaschine sabotierte weiter jede ernste Bestrafung der konterrevolutionären Banden. Die Kräfteverschiebung nach rechts geht weiter, führt zur rein bürgerlichen Regierung Cuno und zum Ruhrabenteuer. An seinem Ende, das das Ende einer neuen politischen Vormacht der Schwerindustrie und des Militärs ist, steht abermals ein Generalstreik. Doch wenige Wochen, nachdem er den Ruhrkrieg liquidiert und die Sozialdemokratie in die Regierung zurückgeführt hat, folgt die Verhängung des Ausnahmezustandes und die legale Reichswehrexpedition gegen die mitteldeutschen Arbeiterregierungen. Noch ein paar Wochen und der Münchener Putsch wird von der Reichswehr abgeblasen, die Währung wird stabilisiert und mit ihr die bürgerliche Republik. Die Periode des Kampfes um ihren staatlichen Bestand ist beendet.

In den Jahren von 1920—1923 hat die deutsche organisierte Arbeiterschaft sich die Republik, die ihr 1918 kampflos zugefallen war, gegen immer neue Vorstöße der Konterrevolution erkämpfen müssen. In der aktiven Durchführung dieses Kampfes stand sie faktisch allein. Die republikanische Bourgeoisie trieb eine Politik der Balance zwischen Arbeiterschaft und Konterrevolution. Mit Hilfe der Arbeiterschaft verhinderte sie die Rückkehr zur Vorherrschaft der privilegierten Schichten des Kaiserreichs; mit Hilfe der Konterrevolution sicherte sie die »Ordnung«, verhinderte sie ein stärkeres Vordringen der Arbeiterschaft und ein Nachholen des 1918 Versäumten. Die volle Entmachtung der reaktionären Kräfte hätte der Arbeiterschaft ein Uebergewicht gegeben, das die Klassenherrschaft bedrohte, ja sie wäre nur mit teilweisen Enteignungsmaßnahmen durchführbar gewesen. Einmal

parlamentarisch zum Zünglein an der Waage geworden, nutzte die republikanische Bourgeoisie ihre Stellung, um dies zu verhindern.

Das parlamentarische Kräfteverhältnis entsprach jedoch bei weitem nicht voll dem gesellschaftlichen. Wiederholt zeigte sich, daß die Arbeiteranhänger der Mittelparteien viel weiter zu gehen bereit waren, als diese Parteien selbst. Wiederholt hätten Arbeiterregierungen gebildet werden können, die den bürgerlichen Widerstand überrannten und mit der Konterrevolution aufräumten. Daß es nicht geschah, ist einerseits die Folge der sozialdemokratischen Koalitionspolitik, die faktisch ohne jede selbständige Linie die Balancepolitik der republikanischen Bourgeoisie unterstützte, andererseits die Folge der Lahmlegung des radikalen Flügels der Arbeiterschaft und der Vertiefung der Spaltung durch die putschistische und sektiererische Politik der Kommunistischen Partei. Die lokalen Aufstände des Jahres 1919, die Münchener Räterepublik, auch der Aufstand des Ruhrproletariats nach dem Kapp-Putsch können dieser freilich nicht angerechnet werden: sie waren im Wesen spontane, durch den Mangel an revolutionären Fortschritten und die sichtbare Erstarkung der Reaktion veranlaßte Erhebungen radikaler Arbeiterschichten, von den Kommunisten meist nicht gewollt und nie beherrscht. Aber mit dem Auseinanderbrechen der Massenpartei der unklaren revolutionären Stimmung, der USP, mit der Entwicklung einer festen organisierten Massenpartei unter kommunistischer Führung trat nicht etwa eine Ausrichtung dieser radikalen Stimmungen auf beim Stand der Klassenkräfte erreichbare revolutionäre Ziele, sondern die bewußte Organisierung von Putschen (März 1921) und die Vertiefung der Spaltung ein. Umgekehrt gewann nach der Wiedervereinigung des rechten Flügels der Unabhängigen mit der Mehrheitssozialdemokratie in der vereinigten Partei die Politik der Anpassung an die Koalitionspartner mit Ausnahme einiger Landesteile schnell das Uebergewicht. Die deutsche Arbeiterklasse schied so als selbständig gestaltender Faktor aus und erkämpfte unter großen Opfern nicht einen Zoll mehr, als die republikanische Bourgeoisie wollte.

Während dieser Periode wurden durch die Inflation die ursprünglich unbegrenzten Reparationsforderungen ad absurdum geführt, und gleichzeitig nach der negativen Reproduktion der Kriegszeit der Industrieapparat mit Hilfe von Lohnentwertung und Sparerenteignung wieder aufgebaut und die Landwirtschaft entschuldet. In der Front der Konterrevolution hat sich in diesen Jahren eine Differenzierung vollzogen. Zwischen dem großbourgeoisen und Reichswehrflügel einerseits, dem durch die Inflation radikalisierten Teil des Kleinbürgertums und den Freikorpsformationen andererseits. Der erste Flügel beschränkte sich immer mehr auf den Ausbau seiner Positionen, nachdem er die Ungunst der Kräfteverhältnisse für eine offene Konterrevolution in der Inflationszeit erkannte, in der die Arbeiterklasse allein durch die Mechanik des Lohnkampfes dauernd in die Offensive geriet. Die Riesenprofite, die Großgrundbesitz und Schwerindustrie aus der Inflation zogen, erleichterten diese Abfindung mit der Realität. Während dieser Flügel so die spätere Front der legalen Reaktion formierte, wurden auf dem radikalen Flügel die Keime zur späteren faschistischen Bewegung gelegt. Hier machten die jungen Offiziere, Studenten usw., die später leitende NSDAP-Funktionäre werden sollten, ihre Lehrjahre als Organisatoren und Fememörder durch; hier bildete sich die Verbindung

des radikalen Nationalismus mit antikapitalistischen Tendenzen heraus, hier entstand der Gedanke einer von den alten Mächten unabhängigen, sich selbst führenden nationalrevolutionären Bewegung. Die NSDAP war damals nur eine von sehr vielen, annähernd gleichartigen Gruppen ohne gefestigte Doktrin und gefestigten Apparat, ohne gleichmäßige Ausbreitung im Reich; für die Entwicklung einer faschistischen Massenpartei fehlten bei der offensiven Haltung der Arbeiterschaft, bei der Beschränkung der Verzweiflung auf die eigentlichen Mittelschichten noch die entscheidenden Voraussetzungen. Mit der Stabilisierung geriet der ganze kleinbürgerlich radikale Flügel der Konterrevolution in einen Zersetzungsprozeß, mit ihm die NSDAP.

2. Verfassungsmäßige Reaktion.

Nach dem Ende der Inflation und der Annahme des Dawes-Plans kommt die deutsche Republik unter annähernd normale Entwicklungsbedingungen. Ein stabiles, interessendemokratisches Parteiensystem bildet sich heraus; es entwickelt sich unter den konkreten Machtverhältnissen, die durch die Erhaltung der reaktionären Bollwerke in der Wirtschaft und die reaktionäre Zusammensetzung der staatlichen Exekutive bestimmt sind. Schrittweise beginnt die Reaktion die Stabilisierung des Staates als Faktum hinzunehmen und um seine Eroberung zu kämpfen. Wenn die nächste große Krise das Staatsgefüge erschüttert, wird sich zeigen, daß sie zu den erhaltenen Positionen entscheidende neue hinzugewonnen hat.

In der stabilen, überwiegend konjunkturellen Periode von 1924—1929 erweist und erhält sich die DNVP als stärkste bürgerliche Partei. In dieser Periode gewinnt die Reaktion in der Person des Reichspräsidenten die legale Spitze der Exekutivgewalt. In dieser Periode vollzieht sich der Zusammenschluß der Interessenorganisationen der deutschen Bauernschaft und ihre endgültige politische Verselbständigung gegenüber dem Liberalismus derart, daß die Organisation der Großagrarier, der Landbund, die wirtschaftliche und politische Führung der gesamten Landwirtschaft erobert. In dieser Periode sichert sich der reaktionäre Block durch den Hugenberg-Konzern die Herrschaft über den entscheidenden Teil der deutschen Provinzpresse. In dieser Periode wird endlich, während die Freikorps zerfallen, der große führende Wehrverband der legalen Reaktion, der Stahlhelm, erhalten und ausgebaut.

In der gleichen Zeit hat sich die Linke im wesentlichen zwei Gegenpositionen geschaffen: die preußische Polizei und das Reichsbanner. Mit der Ausbildung des interessendemokratischen Systems festigte sich auch die Zusammenarbeit zwischen den Gewerkschaften verschiedener Richtungen unter Führung der freien Gewerkschaften. Gleichzeitig zersetzte sich jedoch das Bündnis der Kräfte, die die bürgerliche Republik aufgebaut hatten. Die Rechtsparteien wurden regierungsfähig, das Zentrum ging häufig mit ihnen statt mit der Sozialdemokratie zusammen, die Demokraten zeigten ähnliche Neigung, soweit sie noch existierten. Die ständige Ausdehnung des wirtschaftlichen Einflusses des Staates war unter diesen Umständen keineswegs gleichbedeutend mit Erfolgen der Arbeiterschaft.

Die führende Gruppe der republikanischen Bourgeoisie war der neu geschaffene Chemiekonzern. Er eroberte die Führung der Gesamtindustrie und eben dadurch wuchs der Einfluß der gesamten industriellen Bourgeoisie auf die republikanische Politik. Die Schwer-

industrie wurde in dieser Gemeinschaft wieder regierungsfähig und sie war wirtschaftspolitisch weit aktiver, weil weit bedürftiger, als andere industrielle Gruppen. In der Inflation war durch eine gewaltige Steigerung der Ausbeutung und eine gewaltige Massenenteignung der deutsche Industrieapparat nach dem Kriegsverschleiß wieder aufgebaut worden. Nach der Wiederherstellung normaler Konkurrenzverhältnisse erwies sich, daß er den weltwirtschaftlichen Anforderungen nicht entsprach. Die große Rationalisierung setzte ein. Die Reparationsverpflichtungen übten einen verstärkten Druck in der Richtung der Exportsteigerung aus. Andererseits bestand nach dem Verlust der Auslandsguthaben durch den Krieg und den Schleuderausverkauf der Inflation und angesichts der Reparationsverpflichtungen im Vergleich zu diesen Anforderungen ein ernster nationaler Kapitalmangel, der in der Zahlungsbilanz kraß zutage trat. Seine Ueberwindung wäre nur durch eine Kombination von Anleihen mit sorgfältigster Kapitalverwendung in der Richtung der Exportsteigerung kapitalistisch möglich gewesen.

Tatsächlich erfolgte jedoch eine gewaltige Kapitalverschwendung zugunsten unrationell produzierender kapitalistischer Gruppen. Die hochkonzentrierte Schwerindustrie machte Rieseninvestitionen, die zu den realen Absatzmöglichkeiten auf dem Weltmarkt in keinem Verhältnis standen und auf die Inlandsabnehmer abgewälzt werden mußten. Die Subvention des Getreide bauenden Großgrundbesitzes belastete das Land von Jahr zu Jahr stärker. Unter ständigen Klagen, Sozialpolitik und Reparationen ruinierten die deutsche Wirtschaft, wurde so die Belastung durch die Reparationen durch Subvention und Kapitalverschwendung vielfach verstärkt, die allmähliche Kompensation durch Exportsteigerung unmöglich gemacht. Hierbei wie bei der dadurch notwendigen Steigerung der Auslandsanleihen auf das Doppelte der Reparationen leistete der Staat entscheidende Hilfe, und zwar kontinuierlich, ohne wesentliche Wirkung des Wechsels der Regierungskonstellationen.

Sobald die Anleihemöglichkeiten nachließen, noch vor dem endgültigen Ende der amerikanischen Prosperität brach daher die deutsche Konjunktur zusammen. Mit einem hochkonzentrierten, eng mit den Großbanken verflochtenen System von Industriemonopolen, deren wichtigste schon in der Konjunktur die Stütze der staatlichen Wirtschaftspolitik gebraucht hatten, mit einer mächtigen, großenteils kurzfristigen, aber in der Produktion festgelegten Auslandsverschuldung, mit einem bereits in der Konjunktur durch die stürmischen Konzentrationsfortschritte beengten Kleinbürgertum, mit der passiven Handelsbilanz eines hochkapitalistischen Landes ohne dessen Kapitalsreserven, mit der ständigen Notwendigkeit der Exportsteigerung und ihrer ständigen Verhinderung durch Subvention wachsender Totgewichte — so ging die deutsche Wirtschaft in die Krise hinein.

III. Die Krise.

Die Krise brachte alle Widersprüche des Nachkriegsdeutschland offen zum Ausbruch. Es war ein moderner hochkapitalistischer Staat ohne die Kapitalreserven und die imperialistische Macht eines solchen; in der Krise machte es einen verzweifelten Vorstoß zur Machterweiterung, die Zollunion mit Oesterreich. Es hatte seine Konjunktur mit ausländischem Kapital finanziert. In der Krise brach mit dem internationalen auch der nationale Kredit zusammen, es wurde nach außen zahlungsunfähig und mußte seine größten Banken und Industrie-

konzerne mit Staatsgarantien vor dem Bankrott schützen; es hatte im Interesse des Auslandskredits und der Monopole die volle Auswirkung der Krise auf die Preise zu hemmen versucht. Es erlitt eine tiefere Produktionsschrumpfung als andere Länder, mußte der Preissenkung von Staats wegen nachhelfen und behielt doch als Resultat ein gegen die Umwelt überhöhtes Preisniveau, das seinen Außenhandel zur Dauerschrumpfung verurteilte.

Nicht minder kraß kamen die politischen Widersprüche zum Ausdruck. Deutschland war eine Interessendemokratie mit einer antidemokratischen Exekutivgewalt. In der Krise versagte die parlamentarische Mehrheitsbildung und die Exekutivgewalt setzte Regierungen ein und ab. Es hatte unter der Führung der gesunden Teile der Bourgeoisie in der Konjunktur die bankrotten Teile subventioniert. In der Krise forderten die Bankrotteure auf Kosten der Gesunden ihr Recht und zu seiner Durchsetzung die Macht. Die Linke hatte den Partikularismus der reaktionärsten Landesteile nie angetastet, sondern ihm eigene partikulare Machtpositionen gegenübergestellt. In der Krise setzte sich die unvermeidliche Zentralisierung unter Führung der reaktionären Reichsexekutive auf Kosten der Linken durch, um der Teilpositionen im Staatsapparat willen hatte die demokratische Arbeiterbewegung den Einsatz der ökonomischen Kampfkraft der Klasse gebremst. In der Krise erwiesen sich die Positionen als unhaltbar, weil die Kampfkraft der Klasse nicht zu ihrer Verteidigung eingesetzt wurde. In der Konjunktur hatte die faktische Annäherung der Politik der Arbeiterparteien nicht zu einer festen gemeinsamen Front, nicht zur Ueberwindung der Spaltung geführt, in der Krise stellte sich nun eine Partei der Arbeitslosen einer Partei der relativ sicher im Betrieb Verankerten in verschärftem Bruderkampf gegenüber, der beide Energien lähmte.

In dieser Konstellation hat sich aus den Resten, die in der Konjunktur erhalten geblieben waren, die faschistische Massenpartei in Deutschland herausgebildet und schließlich gesiegt. Sie wurde von allen Kräften getragen, die die Krise erzeugte und die zur Entstehung einer faschistischen Massenpartei tendieren mußten. Sie fand aber alle Elemente, die sie für ihre Formierung brauchte, als Produkte der bisherigen Entwicklung fertig vor. Wir haben diese Elemente in ihrer Herausbildung verfolgt, es bleibt nur übrig sie zusammenzufassen.

Die führenden Mächte des Kaiserreiches, Junkertum, Schwerindustrie und militärische Führung, haben im Laufe der Jahrzehnte die Richtung, in der sie verbündet kämpften, vielfach geändert; das Bündnis selbst blieb erhalten. Entstanden in der Periode der Reichsgründung, gefestigt in der Periode des imperialistischen Aufstiegs, erhalten in den Stürmen der Revolutionsjahre als Hochburg der Konterrevolution, wurden ihre Positionen in der Konjunkturperiode zu organisierenden Zentren für größere Volksteile als je zuvor. Als sie bankrott waren, wurden sie alsbald zu den natürlichen Führern im Existenzkampf der Millionenmassen der Krisenopfer, die vom starken nationalen Staat die entscheidende Hilfe erwarteten; sie hatten die Ausbeutung des Staates und die Stärkung und Verselbständigung seiner Exekutive ja seit langem betrieben.

Doch diese Mächte der Vergangenheit hätten von sich aus nicht die neue politische Form zu schaffen vermocht, die faschistische Partei. Schon in den ersten Nachkriegsjahren war durch den Gegensatz zwischen

kleinbürgerlichen konterrevolutionären Aktivisten und den abwartenden Machthabern, von denen sie sich verraten fühlten, der Keim zur Verselbständigung der nationalistischen Massenbewegung gegenüber ihren Wortführern in Großbourgeoisie und Staatsapparat gelegt worden. Unter den vielen aktivistischen Grüppchen hatte die Hitlerpartei die Konjunkturperiode nicht wesentlich stärker, aber wesentlich geschlossener überdauert als andere, dank vor allem dem Aufbau als Einheit von Partei und Wehrverband und der konsequenten Durchsetzung des Führerprinzips. Unter Freikorpsoffizieren und verkrachten Intellektuellen fand sie ihre Organisatoren und Agitatoren, unter den Mittelschichten ihren ersten breiten Anhang. Auf der Grenze von der Konjunktur zur Krise, von der legalen Reaktion zur Kampagne gegen den Youngplan herangezogen, wurde sie zur Massenpartei.

Die Krise fand so eine Massenpartei vor, gestützt durch die Freundschaft der alten reaktionären Mächte, organisatorisch zweckmäßig für den Kampf um die ganze Staatsmacht aufgebaut, ideologisch fähig, die Krisenopfer aus allen Klassen anzuziehen — eben eine faschistische Massenpartei. In der Ideologie der NSDAP werden die typisch faschistischen Züge — die Staatsanbetung, der Kampf gegen das Parlament, der tödliche Haß gegen die Arbeiterbewegung, der Nationalismus aus den reichen Quellen der deutschen reaktionären Tradition genährt und erhalten. Von hier aus ihr spezifisch-nationales Kolorit: den Dolchstoß, das Novemberverbrechen, die überstaatlichen Mächte, die Rassentheorie als Weltanschauung, den Antisemitismus als Praxis, die Tribute und die Zinsknechtschaft. In der Auffassung der Nation als Träger überlegenen Rassenerbguts feiert die national-liberal-alldeutsche Koppelung von Nationalbewußtsein und Gewaltanbetung ihre siegreiche Auferstehung. Nach der Machtergreifung hat Hitler, indem er die »Wirtschaftsführer« als rassische Auslese bezeichnete, den Charakter dieses Weltbildes als degenerierten Liberalismus überdeutlich unterstrichen.

Aus dem traditionellen Material und mit Hilfe der alten reaktionären Mächte, aber unter dem Antrieb neuer gesellschaftlicher Prozesse und um ein neues politisches Zentrum ist so der deutsche Nationalsozialismus formiert worden. Während der Periode seines Kampfes um die Macht und auch nach dem Siege ist er mit den alten Mächten oft in eine Konkurrenz der Machtpositionen geraten, doch nie in einen entscheidenden Interessengegensatz. Ihnen ist Straßer geopfert worden, der zum Bündnis mit dem gesunden Teil des deutschen Großkapitals und den Arbeiterorganisationen tendierte; ihnen wurden Röhm und seine Freunde geopfert, die die Kontinuität der militärischen Tradition gefährdeten. Sie haben Hitler vor entscheidenden staatlichen Schlägen bewahrt, sie haben seinen Totalitätsanspruch bekämpft und ihn schließlich doch in den Sattel gesetzt. Sie haben ihn ihren Interessen dienstbar gemacht, aber sie haben sich seiner politischen Führung unterwerfen müssen und sind verurteilt, zuzusehen, wie er ihre Interessen auf seine Art vertritt — was auch daraus wird.

BUCHBESPRECHUNGEN

Prof. Fritz Lieb: Das geistige Gesicht des Bolschewismus. Gotthelf-Verlag Bern und Leipzig 1935, 32 S., Preis 1 Schw. Fr.

Die vorliegende, im Auftrag der Forschungsabteilung des Oekumenischen Rates herausgegebene, Broschüre muß als ein Versuch gewertet wer-

den, den Bolschewismus aus der besonderen Eigenart der geschichtlichen Entwicklung Rußlands zu erklären. Insbesondere wird die Stellung des Bolschewismus zur Religion und Kirche untersucht und sein Religionshaß als »schlagende und furchtbare Antwort auf die den Namen Christi mißbrauchende Religion des Zarismus« erklärt. Die weitere Darstellung des Wesensgehaltes des Bolschewismus und Marxismus ist trotz ehrlichen Bemühens des Verfassers, den Dingen auf den Grund zu kommen, unvollkommen und irreführend, da sie in die Sackgasse der vulgären Auffassung, gerät, daß der Kommunismus in der Lösung der wirtschaftlichen Probleme die Lösung aller Menschheitsprobleme sehe und den »wahren Menschen« an das wirtschaftliche Dasein des Menschen verraten und verkauft habe.

Symptomatisch ist indes die Stellungnahme des Verfassers zu den beginnenden Wandlungsprozessen im Bolschewismus. Er sieht in den jüngsten Strömungen in Rußland Anzeichen eines neuen Erwachens des Proletariats und damit den Beginn der zweiten Etappe seines Befreiungskampfes, der der völligen Erdrückung des Menschen durch Bürokratismus und nackte Staatsdiktatur ein Ende machen werde. Auch die bewußte Betonung des humanistischen Gehaltes des Marxismus in der Sowjetunion, die Reform des Schulwesens und des Eherechtes usw. erscheinen dem Verfasser sehr verheißungsvoll. Er erklärte ausdrücklich: »Es geht heute in keiner Weise mehr an, Sowjetrußland als nihilistisch zu bekämpfen. Die wahrhaft nihilistischen Mächte befinden sich heute an ganz anderen Orten.« Und mit einer noch schärferen Spitze gegen den Hitlerismus und seine westeuropäischen Gönner schließt er: »Es muß betont werden, daß ein Westeuropa, das im Begriffe ist, einem viel schlimmeren, ebenso barbarischen wie dekadenten Antihumanismus zu verfallen, jedes Recht verloren hat, gegen den Bolschewismus den Kreuzzug zu predigen.« A. Stein.

Hans Natonek: Der Schlemihl. Roman vom Leben Adalberts von Chamisso. — Verlag de Lange, Amsterdam.

In Frankreich geboren, in Deutschland aufgewachsen, schwankt der Dichter Chamisso unstet und zerrissen zwischen den beiden Ländern. Daraus entsteht sein weltberühmtes Märchen vom Schlemihl, dem Mann »ohne Schatten«, ohne Vaterland. Erst auf der Höhe seines Lebens wird er in Deutschland anerkannt, wird er der deutsche Volksdichter, reif fürs Schullesebuch, er, der »Französling«. Alle neudeutschen Blubodogmen zerschellen an diesem einen. — Natonek zeichnet dies Leben breiter als gut ist und der Kampf der Freiheit zwischen 1800 und Vormärz kommt dabei kürzer weg als richtig ist. Aber dieser Roman ist immerhin ein Vorläufer jener Bücher, die noch kommen werden und die Tragik der europäisch empfindenden Menschen unserer Zeit behandeln. Karl Rothe.

Ernst Toller. Briefe aus dem Gefängnis. Querido-Verlag, Amsterdam, S. 262.

Diese aus der Festungshaft der Jahre 1919 bis 1924 stammenden Briefe des Dichters (Toller war wegen seiner Beteiligung an der bayrischen Räterepublik verurteilt,) sind keine »Dokumente deutscher Historie«, wie sie in dem Vorwort bezeichnet werden. Auch neue geschichtliche und politische Tatsachen werden durch sie kaum übermittelt. Daher erübrigt sich eine Auseinandersetzung ebenso wie die Kritik an dem einseitigen Urteil des Verfassers über die Republik. Durchaus unbestritten ist der Wert der Briefe als biographisches Material, zumal vieles daraus, den Menschen Toller sympathisch macht. Schwer hat er damals unter der Haft gelitten. Aber seine Frage im Vorwort: »Was sind die Bitternisse und Kränkungen, die wir erfahren mußten, gegen die Martern, denen die Gefangenen des Dritten Reiches, deren einziges Verbrechen Liebe zur Freiheit und Gerechtigkeit ist, preisgegeben sind?«, zeigt, daß er den richtigen Abstand zu seinen Erlebnissen gefunden und sie überwunden hat. Paul Hertz.

Herausgeber: Ernst Sattler. Verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn. Druck: Graphia. Alle in Karlsbad
Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 320.219/VII-1933. Printed in Czecho-Slovakia.